

Intro

Willkommen zur Antirassistischen Konferenz in Frankfurt!

Ergänzend zum vielfältigen Programm haben wir diesen Reader zusammengestellt, um allen Beteiligten und Interessierten eine zusätzliche Orientierung zu bieten. Denn die Vielfalt an Netzwerken, Kampagnen und Projekten der antirassistischen Bewegung ist gleichermaßen beeindruckend wie auch bisweilen verwirrend. Und das manches Mal sogar für diejenigen, die seit vielen Jahren aktiv sind. Insofern soll der Reader einen Überblick verschaffen, auch zum Nachlesen, was während der Konferenz eventuell nur flüchtig mitzubekommen war.

Dem Aufruf, zum Reader mit kurzen Texten beizutragen, sind natürlich nicht alle gefolgt, wir beanspruchen mitnichten, hier vollständig die aktivistische antirassistische Linke abzubilden. Vieles fehlt oder ist unvollständig, zudem kann unsere Sammlung angesichts der Flüchtigkeit sozialer Bewegungen im allgemeinen, und im Feld der Migration im besonderen wenig mehr als eine Momentaufnahme sein. In zwei Jahren dürfte vieles schon wieder ganz anders aussehen.

Wir haben uns bemüht, in kurzen (Selbst)Beschreibungen den unterschiedlichen Netzwerken, Projekten und Kampagnen jeweils auf einer halben Seite Raum zu geben sich darzustellen und Kontaktlinks anzubieten.

Wir haben in einem eigenen Abschnitt versucht, die wichtigsten Mailinglisten zu skizzieren, über die ein guter Teil der Kommunikation der Netzwerke läuft und wo sich Neu-Interessierte (meist nach kurzer Vorstellung) eintragen lassen können. Schließlich haben wir noch die Rubrik Kalender mit ersten wichtigen Terminen der nächste Wochen und Monate sowie ein Glossar angehängt, in dem wir einige der häufig benutzten Spezialbegriffe erläutern.

Nun, wir sind neugierig und gespannt auf die drei Tage, auch wenn wir nicht wissen und nicht geplant haben, ob und was letztlich an Konkretem und Praktischem bei der Sonntagsfrage des „Wie weiter?“ rauskommt.

Wir hoffen aber in jedem Fall auf eine gegenseitig inspirierende Stimmung mit einem Schub für alle drei V's, die wir im Vorfeld der Konferenz als Ziele formuliert hatten: Visionen, Vernetzung, Verbreiterung. Allein die für uns überraschend große Beteiligung macht deutlich, dass das Interesse und Potential für einen verbindlicheren Diskussions- und Vernetzungsprozess offensichtlich gewachsen ist.

Zu guter letzt:

Welcome to Europe, das kleine Netzwerk, aus dessen Kreis die Initiative zu „no border lasts forever“ kam, hat für den 11. bis 13. März 2011 ein Treffen verabredet, auf dem u. a. die Frankfurter Konferenz bilanziert werden soll. Der Ort ist noch nicht geklärt, zum Termin sind aber hiermit bereits alle eingeladen, die intensiveres Interesse an der Nachbereitung haben.

Das Konferenzteam

Inhaltsverzeichnis

I. Zum Workshop-Programm	2
II. Netzwerke	5
III. Themen-Sparten /Thematische Fernetzungen	8
Bleiberecht.....	8
Lagerkämpfe.....	9
Medibüros/MediNetze.....	11
ArbeitundMigration.....	13
Vernetzung der Projekte an den EU-Außengrenzen	16
IV. Regionale Bündnisse und Gruppen	19
V. Transnationale Vernetzungen/Noborder	21
VI. Überregionale Mailinglisten in der BRD.....	21
VII. Kalender	26
VIII. Glossar.....	27

I. ZU DEN WORKSHOPS

Zu den Arbeitsgruppen

Im folgenden die Liste der Arbeitsgruppen, entweder mit Querverweisen in den Reader oder mit eigenen Kurzbeschreibungen.

Workshop 1 „Ambivalente Bilanz: Erfolgreiche Entkriminalisierung und gleichzeitige Vorverlagerung des Grenzregimes“

siehe Netzwerke zu kein mensch ist illegal und Themensparte Außengrenzen

Workshop 2 „Bleiberecht und Kampf gegen Abschiebungen“

siehe Netzwerke zu JoG und Themensparte zum Bleiberecht

Workshop 3 „Info-Mobile und Anlaufstellen“

Neben diversen lokalen Beratungsprojekten und Anlaufstellen gibt es inzwischen Erfahrungen mit direkter Unterstützungsarbeit in Calais wo viele Flüchtlinge auf dem Weg nach Großbritannien stranden und aus dem Infomobil, das seit diesem Sommer durch Griechenland tourt. Die konkreten Erfahrungen sind verschieden, dennoch stellen sich vielen von uns ähnliche Fragen:

I – direkte Unterstützung = „Sozialarbeit“?

In unterschiedlicher Weise teilen wir einen explizit politischen Ansatz. Wir machen keine Wohltätigkeitsprojekte, teilen aber zugleich die Einschätzung, dass ohne einen Anteil „Sozialarbeit“ und konkreter Hilfe antirassistische Kämpfe nicht möglich sind. Dennoch ist es oft eine Gratwanderung, manchmal rauchen wir uns in der Unterstützung einzelner auf, manchmal verlieren wir einzelne unterwegs. Was sind Strategien im Umgang damit? Wie lässt sich konkrete Unterstützung Einzelner mit Öffentlichkeitsarbeit und direkten Aktionen verbinden?

II – No border lasts forever – und dennoch sind da Grenzen...

Oftmals sind wir damit konfrontiert, dass Leute ganz konkret nach Hilfe fragen, nach Verstecken, Transport, ob wir Angehörige nachholen können etc. Wir verfügen aber nicht über offene Strukturen, die Verstecke bieten, um Überstellungsfristen zu überschreiten etc.. Wie lässt sich mit dieser Begrenztheit offen umgehen?

III – Zusammenarbeit zwischen AktivistInnen und Institutionen

An vielen Orten kooperieren AktivistInnen, NGOs oder anderen Unterstützungsstrukturen, die oftmals sehr unterschiedlich funktionieren. Wer hat dabei welchen Handlungsspielraum? Welche Rolle spielen AktivistInnen mit einem Ansatz, der - anders als der von Hilfsorganisationen - eher Spielraum für Begegnungen auf Augenhöhe lässt und von offenen Grenzen und Bewegungsfreiheit sprechen kann? Wie vermittelt sich diese „andere“ Rolle an Flüchtlinge und welche gemeinsamen Optionen für Kämpfe eröffnen sich damit? Und wer ist überhaupt wer: brauchen wir eine Karte, die abbildet, wer wo mit welchem Schwerpunkt aktiv ist?

IV – Refugees, Ex-Refugees, Non-Refugees

In vielen Beratungsprojekten sind Menschen involviert, die eine eigene Fluchtgeschichte haben. Es gibt eine Menge Erfahrungen der Zusammenarbeit – und immer wieder auch Probleme. Non-Refugee-AktivistInnen, die paternalistisch helfen wollen, Misstrauen – und immer auch die Frage, wer Zugang zu Ressourcen hat und ob vor allem bezahlte Jobs in der Beratung von Flüchtlingen nicht in die Hand von (Ex-)Flüchtlingen gehören. Wie lässt sich die Beratung so organisieren, dass andere einsteigen können und Unterstützungsprojekte an Breite gewinnen?

In der zweiten Workshop-Phase wollen wir uns mit einigen aus diesem Workshop wieder treffen. Und zwar im Workshop 10 „Dublin II und transnationale Solidaritätsstrukturen“ - dort wäre die Möglichkeit einige Fragen weiter zu vertiefen.

Workshop 4 „Digitaler Antirassismus (antira.info)“

Der Workshop wird aus drei Teilen bestehen. Im ersten Teil werden wir das Serverprojekt antira.info (siehe

auch Selbstbeschreibung) und unsere Erfahrungen mit Medienaktivismus vorstellen.

Im zweiten Teil wollen wir gemeinsam über Medienaktivismus als Teil der antirassistischen Bewegung diskutieren. D.h. dass wir daran interessiert sind zu erfahren, welche Medien ihr in Kampagnen nutzt und einsetzt, welche Rolle antira.info darin spielen könnte, und wie antirassistischer Medienaktivismus, der sich nicht nur in Pressearbeit erstreckt, aussehen kann. Wir werden also u.a. über Blogs, Facebook und Twitter reden, die Rolle von sozialen Netzwerken im Allgemeinen und das Verhältnis von Text, Bild, Audio und Video im Medienaktivismus zu bestimmen versuchen. Darüber hinaus interessiert uns der Skandal, das Spektakel und der Event. Es handelt sich also auch um eine Strategiedebatte für Politik in der Mediengesellschaft.

Im dritten Teil wollen wir dann das vorher Erarbeitete in konkrete Projekte umsetzen. Das könnte etwa bedeuten, ein eigenes soziales Netzwerk für die antirassistische Bewegung zu starten, oder eine Überblicksseite über antirassistische Politik zu gestalten, oder eine Medienaktivismuswerkstatt für 2011 zu planen, oder oder oder. Dies sind – selbstredend – nur Beispiele.

Eingeladen sind alle Menschen, die Medienaktivismus als wichtig empfinden. Ihr müsst keine Vorwissen mitbringen, nur Offenheit und Spaß an der Sache.

Workshop 5 „Frontexplode – Wie weiter mit der Kampagne gegen die EU Grenzschutzagentur?“

siehe Themensparte Frontexplode

Workshop 6 „Transnationalismus on Tour: Migration, Klima, Landwirtschaft zwischen Bamako und Dakar“

siehe Netzwerk Afrique-Europe-Interact

Workshop 7 „Refugee Communities und die Kontinuität antirassistischer Alltagskämpfe“

siehe Netzwerksparte zu Karawane und Voice

Workshop 8 „Kämpfe gegen Entrechtung: Lager, Residenzpflicht, AsylbLG, Sachleistungen, Arbeitsverbote“

siehe Themensparte Lager

Workshop 9 „Migration und Arbeit“

siehe Themensparte zu gewerkschaftlichen Anlaufstellen

Workshop 10 „Dublin II und transnationale Solidaritätsstrukturen“

Einige die bereits im Workshop 3 zu Anlaufstellen und Infomobilen diskutiert haben, werden hier wieder zusammenkommen – wir gehen aber auch das auch andere dazukommen werden und die sind auch sehr Willkommen. Es wird eine kurze Zusammenfassung dieses Workshops geben, um v.a. Fragen zu benennen, die wir mit in die nächste Runde nehmen.

I – Externalisierung des Migrationsregimes – Transnationalisierung der Solidarität

- die Externalisierung des Grenzregimes führt dazu, dass wir vermehrt auch direkt an die Orte gehen müssen, wo die Grenze sichtbar wird. Vor allem wegen Dublin II sind die meisten verschiedenen Anlaufstellen und Beratungsprojekte (auch die hiesigen) damit konfrontiert, dass sie transnational vernetzt sein müssen. Oftmals gehen wir an Brennpunkte an denen die Situation zugespitzt ist. Wenn wir direkt an die Orte der Grenze gehen, gibt es fast immer unterschiedliche Belastungen für diejenigen, die permanent an diesen Hotspots sind und denen die für kurze Einsätze „einfliegen“ – wie gehen wir damit um?

II – Flüchtlinge, die von Dublin-Abschiebung bedroht sind sind noch kaum angekommen und können daher kaum auf Netzwerke zurückgreifen, die sie in ihrem Kampf gegen die Abschiebung unterstützen könnten. Zudem sorgen Transfers in abgelegene Lager dafür, dass einmal geknüpfte Kontakte schwer zu halten sind. Auf räumliche Distanz nützt manchmal der Webguide w2eu.info – aber er ist begrenzt in dem Moment, wenn es vor Ort keine UnterstützerInnen gibt. Wie lassen sich mehr Leute in die Arbeit des Kontakt-Haltens und der direkten Unterstützung einbeziehen?

III – Zusammenarbeit zwischen BewegungsaktivistInnen und NGOs

Am Beispiel Griechenland hat es viele (oftmals gute) Erfahrungen mit Formen von Arbeitsteilung zwischen BewegungsaktivistInnen und NGOs gegeben. Was waren dennoch Knackpunkte, an denen es schwierig wurde? Wie lässt sich Zusammenarbeit verbessern? Worauf lässt sich aufbauen?

IV – Wie weiter gegen Dublin II?

Dublin II-Abschiebungen sind mittlerweile in immer mehr europäischen Ländern (Großbritannien, Belgien, Holland, Dänemark, Schweden, Norwegen) ausgesetzt. Dublin II steht europaweit mehr und mehr auf der Kippe. Während in Deutschland de facto die Griechenland-Abschiebungen zum Stillstand gekommen sind, setzt das Innenministerium nach außen weiter auf die harte Linie. Mit der Dublin II Kampagne stehen wir vor der Frage wie weiter: Denn es gab eine sehr wirkungsvolle (wenn auch weitgehend unabgesprochene) Öffentlichkeitskampagne bezüglich Griechenland. Daran eine Aktionskampagne hier in Deutschland gegen Dublin II (siehe: <http://dublin2.info>) anzudocken, hat nicht wirklich funktioniert. Auf was setzen wir im nächsten Jahr gemeinsam? Weitere Skandalisierung am Beispiel Griechenland? Ausweiten der Kampagne auf andere Länder – z.B. Italien und Ungarn? Engere Zusammenarbeit mit den verschiedenen Refugee-Communities und darüber verstärkte Anti-Abschiebekampagnen in einzelnen Fällen?

Workshop 11 „Vernetzung der Projekte an den EU-Außengrenzen“

siehe Themensparte zu Außengrenzen

Workshop 12 „Konjunkturen des Rassismus - Postnationale Subjekte und neue Konturen von Rassismen“

In zahlreichen geopolitischen Kontexten sind Konturen von Rassismen zu beobachten, die sich gegen die Rechte von MigrantInnen und deren postmigrantische Nachfahren richten. Rassismus präsentiert sich in den postkolonialen und postmigrantischen Einwanderungsgesellschaften Europas als erratischer Archipel verschiedener, einander zum Teil überlagernder Formationen von offen rassistischer Gewalt bis hin zu subtilen Varianten eines institutionalisierten Rassismus – wie beispielsweise dem laizistisch legitimierten Kopftuchverbot. Es handelt sich hierbei um Diskurse, Politiken und Praktiken von staatlichen und zivilgesellschaftlichen Institutionen, die systematisch Ausgrenzung und Diskriminierung produzieren, ohne sich explizit und vorsätzlich rassistischer Begründungs- und Deutungsmuster zu bedienen. Die neuerlich endemisch beschworenen „Grenzen der Toleranz“ bzw. das „Scheitern des Multikulturalismus“ tragen das unmissverständliche Signum der Transformation des Rassismus der Gegenwart. War das corpus delicti des „Neo-Rassismus“ die kulturalistische Trope der Unvereinbarkeit von Kulturen, so ist es für den postliberalen Rassismus die proaktive „Vervielfältigung der Grenzen“ innerhalb der liberalen Politiken der Bürgerschaft. In Anlehnung an Etienne Balibar bezeichne ich diese Formationen als Belege für eine postliberale Variante des „modernen institutionellen Rassismus“. Postliberale rassistische Strategien operieren wesentlich flüchtiger als jene des traditionellen Rassismus, der sich auf solch naturalisierende Kategorien wie den biologistischen „Rasse“-Begriff berief und über die offene und strukturelle Gewalt der Segregation und der Exklusion operierte. Die Rassismen der Gegenwart fluktuieren vielmehr auf eine spezifische Weise zwischen biologistischen und kulturalistischen Markierungen von Überlegenheit und Inferiorität. Sie operieren mittels der Rekombination egalitärer Ideologeme der feministischen Disziplinierung des migrantischen Subjekts, eines homonormativen Nationalismus, neolai-zistischer Anti-Religiosität und durch urbane Paniken. Die flexible Rekombination und/oder die konjunkturelle Überschneidung dieser Disziplinierungstechniken postnationaler Subjekte und deren minorisierter Körper sind ein konstituierender Bestandteil der beweglichen Struktur der Rassismen der Gegenwart. Diese rassistischen Praxen lassen sich nicht nur über binäre Differenzierung und Prozesse der Exklusion bestimmen, sondern primär über neuartige Prozesse einer limitierten Inklusion bzw. einer egalitären Exklusion, d. h. über Politiken einer reversiblen Staatsbürgerschaft postnationaler Subjekte. Die Geschichte und die Konjunkturen von Rassismen lassen sich jedoch nicht im Sinne von Machttechnologien – wie der Disziplinierung – beschreiben, sondern sind schon immer eine Antwort auf die Kämpfe der rassialisierten Subjekte.

Workshop 13 „Kampf gegen den alltäglichen Rassismus im Stadtteil“

II. NETZWERKE

kein mensch ist illegal

kein mensch ist illegal (kmii), 1997 mit einem gleichnamigen Aufruf als antirassistisches Netzwerk gegründet, war zunächst auf die Zusammenführung eines breiteren Spektrums angelegt. Doch schon ziemlich bald fungierte kmii vor allem als neue Klammer der antirassistisch-autonomen Linken, die sich bereits seit 1992 in „antirassistischen Bundestreffen“ koordiniert, aber zunehmend an Dynamik und Beteiligung verloren hatte. Mit der „Erfindung der Noborder-Camps“ und durch die Deportation-Class-Kampagne wurde kmii in den Folge-

jahren zu einer überregionalen Vernetzung mit offensivem und öffentlichkeitswirksamen Logo und zum Motor verstärkter internationaler Kontakte (Noborder-Netzwerk). Bis 2004 gab es halbjährliche Bundestreffen bzw. antirassistische Foren, danach löste sich diese Struktur aber zunehmend auf. Der Slogan hat sich dennoch immer weiter verbreitet und zur entscheidend zur Entkriminalisierung beigetragen. Lokale kmii-Gruppen spielen in unterschiedlichen Kampagnen weiter eine wichtige Rolle, auch die Mailingliste „coyote“ (siehe VIII Mailinglisten) besteht bis heute fort als wesentliches Austauschmedium der antirassistischen Linken. kmii-gruppen sind aktuell an mehreren Außengrenzenprojekten beteiligt und auch bei Welcome to Europe.

Die Karawane und The Voice

„Wir sind hier, weil Ihr unsere Länder zerstört“, mit diesem Slogan trat 1998 die „Karawane für die Rechte der Flüchtlinge“ auf den Plan. Ihr ging es nicht darum, ein Recht auf Aufnahme und Integration zu erstreiten. Was mit einer Besetzung des Büros der Grünen während des G8-Gipfels 1998 in Fahrt kam, reichte weiter: In diesem Land gemeinsam gegen die Ursachen zu kämpfen, die ihre Flucht erst nötig gemacht haben? das war das Ziel der AktivistInnen und Aktivisten der Karawane.

Mitten in einem der industriellen Zentren der Welt wollten sie die Kämpfe fortsetzen, die viele von ihnen in den Ländern des Südens schon geführt hatten. Nigerianer, die sich gegen das Abacha-Regime und die Ausbeutung der Ölreserven des Niger-Deltas aufgelehnt hatte. IranerInnen, die den Mullahs die Stirn geboten und sich nicht vom islamischen Gesetz brechen lassen wollten. Tamlin, die die Unterdrückung durch den singhalesischen Chauvinismus nicht länger dulden mochten: Sie alle verschlug das Schicksal nach Deutschland und sie alle einte eine Überzeugung: Geflohen wird aus Not und diese Not wird gemacht. Seit Jahrhunderten intervenieren die Staaten Europas und später die USA im Süden der Welt. Die Zustände dort sind das Ergebnis kolonialer und postkolonialer Unterwerfung. So profitieren sie von und tragen die Verantwortung für die Zerstörung der Länder des Südens. Hierin sieht die Karawane die Ursache von Flucht und Vertreibung, Kriegen, Hunger und Umweltzerstörung. Und dagegen im Süden wie Norden der Welt gleichermaßen zu kämpfen, ist ihr Ziel.

Zur ihrer ersten Karawane-Tour 1998 kam 2002 eine zweite, unterwegs durch die Flüchtlingslager und Innenstädte dieses Landes. Ein Netzwerk bildete sich, das mittlerweile Gruppen in elf meist westdeutschen Städten umfasst. Die Aktivisten kämpften in einer Unzahl von Fällen gegen Abschiebungen, für die Aufklärung des Feuertodes von Oury Jalloh und andere Opfer rassistischer Polizeigewalt. Immer ging es bei der Karawane vor allem darum, dass Flüchtlinge, so widrig die Umstände auch sein mögen, aufstehen und sich zusammenschließen, um für ihre Rechte zu kämpfen. Denn nur so können sie sich die Würde zurückholen, die der deutsche Staat mit seinen Gesetzen ihnen nimmt.

Fast zur selben Zeit gründete sich die Schwesterorganisation, die gleichzeitig ein Teil der Karawane ist: Das „The Voice Africa Forum“, mittlerweile umbenannt in „The Voice Refugee Forum“ aus Jena. Keimzelle von The Voice waren die Kämpfe von Flüchtlingen im Lager Jena-Forst. Bis heute ist Jena die Heimat von The Voice, doch ihrem Kampf gegen die Residenzpflicht, gegen Lager, Abschiebungen und rassistische Polizeigewalt haben sich in den letzten 12 Jahren immer mehr Flüchtlinge angeschlossen.

Die meisten von ihnen leben in ostdeutschen Lagern, und das ist kein Zufall: Nirgendwo sonst ist das Ziel der Politik gegenüber Flüchtlingen und MigrantInnen in Deutschland stärker spürbar. Sie durch Isolation zu schwächen, zu demütigen, eine politische Organisation zu unterlaufen und praktische Solidarität unmöglich zu machen: Das sind die Ziele der Residenzpflicht und auch die Ziele des Lagersystems.

Wer sich hiergegen wehrt, bekommt immer wieder Repression zu spüren. Aktivisten der Karawane und von The Voice waren es, die mit Haft- und Geldstrafen und immer wieder auch mit der Abschiebung verfolgt wurden. Aufgehört zu kämpfen haben sie deshalb nie.

www.thecaravan.org

www.thevoiceforum.org

Jugendliche ohne Grenzen (JoG)

JoG organisiert seit 2005 Proteste anlässlich der Innenministerkonferenzen und setzt sich für ein umfassendes Bleiberecht, Legalisierung und die Gleichberechtigung von Menschen ohne sicheren Aufenthaltsstatus ein. JoG ist ein bundesweiter Zusammenhang, der aus individuellen Einzelpersonen und regionalen JoG-Gruppen besteht. Da JoG in Wirklichkeit also ein Zusammenschluss aus drei Ebenen ist, haben wir uns gedacht, sollte man das auch im Internet so darstellen. Jogspace hat also drei Ebenen: Die Netzwerkseite, die Regio_Blogs, die JOGBlogger ... und alles ist miteinander verlinkt...

<http://www.jogspace.net/>

kritnet

Das »Netzwerk Kritische Migrations- und Grenzregimeforschung« ist der Versuch einer interdisziplinären europäischen Vernetzung kritischer Migrations- und GrenzregimeforscherInnen und politischer AktivistInnen, die nicht selten beides zugleich sind. Es zählt mittlerweile über 150 WissenschaftlerInnen, AktivistInnen, KünstlerInnen und NGO-VertreterInnen. Das Netzwerk »Netzwerk Kritische Migrations- und Grenzregimeforschung« sieht sich daher in guter Tradition. Seine Mitglieder bauen auf unterschiedliche kleinere und größere, lokale, nationale und europäische politische, wissenschaftliche und aktivistische Initiativen der letzten 20 Jahre auf: etwa auf dem forschend-aktivistischen Ansatz und die Studien der Forschungsgesellschaft Flucht und Migration (FFM) in Berlin zum Ausbau des Grenzregimes Richtung Ost- und Südosteuropa in den 1990er Jahren; auf den theoriepolitischen Interventionen des europäischen Frassanito-Netzwerks, das sowohl in die Migrationsforschung als auch in den europäischen antirassistischen Aktivismus mit der These von der Autonomie der Migration hineinwirkte oder auf die künstlerisch-wissenschaftlich-aktivistischen Ansätzen des Forschungs- und Kunstprojekts TRANSIT MIGRATION (2001 bis 2004), das die »ethnographische Grenzregimeanalyse« als eine forschende Umsetzung der These von der Autonomie der Migration entwickelte. Es setzte dabei von Anfang an auf die Überschreitung disziplinärer Grenzen zwischen Wissenschaft, Kulturproduktion und Politik/Aktivismus als auch zwischen den verschiedenen wissenschaftlichen Disziplinen. Dabei geht es darum, einen alternativen, dialogisch-solidarischen, reflexiven Wissens-Raum zu eröffnen, in dem Forschungen und aktivistische Wissensproduktionen sich gegenseitig unterstützen, um jene Methodiken und theoretischen Ansätze weiter zu entwickeln, die die Genese, die Praktiken, Diskurse, Institutionalisierungen, Effekte und direkte Auswirkungen des europäischen Grenzregimes in einer kritischen und zur Kritik befähigenden Art und Weise reflektieren helfen.

Internet: <http://kritnet.org>

Kontakt: kontakt@kritnet.org

Flüchtlingsräte und Pro Asyl

Die landesweiten Flüchtlingsräte sind (im Westen) in den achtziger Jahren entstanden (im Osten nach der Vereinigung), um landesweite Vernetzung und Unterstützung von Initiativen und lokalen Flüchtlingsräten zu leisten. Sie haben den Anspruch, Informationen zu sammeln und zu verbreiten, überregionale Presse- und Öffentlichkeitsarbeit zu machen, die Vernetzung von einzelnen Gruppen durch Treffen, Seminare und Veranstaltungen zu fördern und der Flüchtlingspolitik des jeweiligen Bundeslandes etwas entgegenzusetzen. In unterschiedlichem Ausmaß sind die Flüchtlingsräte darüber hinaus mit Gewerkschaften, Kirchen und Wohlfahrtsverbänden in Kontakt, um das Flüchtlingsthema auch hier zu verankern und Lobbyarbeit zu leisten. Die Landesflüchtlingsräte sind über den Dachverband Pro Asyl bundesweit vernetzt. Pro Asyl fördert die Arbeit der Flüchtlingsräte inhaltlich und in unterschiedlichem Maße auch finanziell. Pro Asyl ist wiederum im Europäischen Flüchtlingsrat ECRE eingebunden in ein europäisches Netzwerk von Flüchtlingsräten und -Initiativen. Die inhaltliche Arbeit der Flüchtlingsräte und die Strukturen sind sehr unterschiedlich und bilden auch einen Spiegel der Gruppen und Initiativen, die sich in den jeweiligen Bundesländern für Flüchtlinge engagieren und auf deren Arbeit die Flüchtlingsräte aufbauen. Aus linker Sicht stehen einige Flüchtlingsräte bisweilen auf der Seite des Establishments, aber eines Establishments, das offen ist gegenüber Aktivitäten und Aktionen, die sich günstig für Flüchtlinge auswirken. Dies dürfte der gemeinsame Nenner der Flüchtlingsräte und auch Pro Asyls sein: nicht der Kampf gegen die herrschenden Verhältnisse, sondern das Wohl der Flüchtlinge ist die Maßlatte. Der Einzelfall zählt! Das heißt nicht zwangsläufig Realpolitik. Die Beteiligung von Pro Asyl an den Bleiberechtskampagnen oder ihre Projekte an den Außengrenzen zeigen, dass auch Kooperationen mit aktivistischen oder radikaleren Gruppen möglich und erwünscht sind.

Welcome To Europe Network

Welcome To Europe entstand als Netzwerk aus der Erfahrung des Nobordercamps im Sommer 2009 auf der griechischen Insel Lesbos. Zum ersten Mal in der Geschichte der Nobordercamps gelang an einem der umkämpften Hotspots im Mittelmeer das Zusammenkommen von MigrantInnen im Transit und antirassistischen AktivistInnen aus ganz Europa im großen Stil. Zentral war der Kampf gegen den Internierungsknast Pagani, bei dem die Bilder der Hungerstreiks und Revolten der MigrantInnen durch die Unterstützung und mediale Aufmerksamkeit von außen durch ganz Europa gingen. Pagani musste schließlich im Oktober 2009 geschlossen werden.

Welcome to Europe ist zugleich Name und Programm, entstanden aus der Geschichte des Infopoints in Mytilene, temporäre Willkommensinsel in dem ungezählte Freundschaften entstanden, die ein soziales Netz quer durch Europa erahnen lassen. Welcome To Europe ist eine Bewegung, die von unten kommt. Wir sagen

Willkommen! und wollen gemeinsam das Europa erkämpfen, welches als sicherer und gastfreundlicher Ort in den Träumen derer, die auf der Reise sind bereits existiert.

Welcome To Europe ist ein Ausdruck der Wut, im Angesicht der verheerenden Realität an den Außengrenzen Europas, über die lange Liste der dokumentierten Todesfälle und des Leids – -seit über Jahren schon und ohne Ende in Sicht. Die europäische Außengrenze in Griechenland bleibt im Fokus des Netzwerks, das Netz reicht jedoch über diese geographische Region hinaus. Das Recht auf Bewegungsfreiheit wird überall erkämpft. Das inner-europäische Grenzregime und damit vor allem die Abschiebungen aufgrund der Dublin II-Verordnung sind das zweite Feld, in dem Welcome to Europe aktiv ist.

Konkrete Projekte:

- Informationen verbreiten über die Situation und die Kämpfe von Flüchtlingen in Griechenland: <http://w2eu.net>
 - Welcome to Europe-Webguide für Flüchtlinge und MigrantInnen auf dem Weg durch Europa: <http://w2eu.info>
 - Kampagne gegen DublinII-Abschiebungen nach Griechenland: <http://dublin2.info>
 - Ausstellung „Traces from Lesvos through Europe: <http://traces.w2eu.net>
 - Infomobil in Griechenland: <http://infomobile.w2eu.net>
 - Überschneidungen mit der Kampagne gegen die EU-Grenzschutzagentur Frontex: > <http://frontexplode.eu>
- Mailingliste: w2eu-de@antira.info (deutschsprachig)
Kontakt: intouch@w2eu.net

Afrique-Europe-Interact

Von Bamako nach Dakar: Für Bewegungsfreiheit und gerechte Entwicklung!

Krieg gegen Flüchtlinge und MigrantInnen: Es wäre falsch, Afrika als bloßen Katastrophenkontinent abzustempeln. Dennoch führt kein Weg an der Tatsache vorbei, dass in den allermeisten Ländern südlich der Sahara große Teile der Bevölkerung ein Leben am Rande bzw. unterhalb des Existenzminimums führen. Um so dramatischer ist, dass die EU schon seit Mitte der 1990er Jahre einen regelrechten Krieg gegen Flüchtlinge und MigrantInnen führt. Über 20.000 Menschen haben die militärische Aufrüstung der EU-Außengrenzen bereits mit dem Leben bezahlt, hinzu kommen Massenabschiebungen und krasseste Menschenrechtsverletzungen – sowohl innerhalb der EU als auch in Transitländern wie Marokko oder Libyen.

Afrique-Europe-Interact: Unser transnational organisiertes Netzwerk Afrique-Europe-Interact ist eine direkte Antwort auf die aktuelle Situation. Beteiligt sind unterschiedliche Basisinitiativen aus Deutschland, Mali, den Niederlanden und Österreich – nicht zuletzt selbstorganisierte Flüchtlings-, MigrantInnen- und Abgeschobenen-Gruppen. Mit unseren Aktivitäten möchten wir einen Beitrag zur Durchsetzung der zivilen, politischen und sozialen Rechte von Flüchtlingen und MigrantInnen leisten, insbesondere was das Recht auf globale Bewegungs- und Niederlassungsfreiheit betrifft. Nicht weniger wichtig ist uns das Recht zu bleiben, also die Möglichkeit, zu Hause bzw. im Herkunftsland ein Leben unter sicheren, würdigen und selbstbestimmten Bedingungen zu führen. Zu Afrique-Europe-Interact gehören deshalb auch Basisinitiativen und Netzwerke, die sich gegen neokoloniale Dominanz- und Ausbeutungsverhältnisse zur Wehr setzen – beispielhaft erwähnt sei der derzeit stattfindende Ausverkauf afrikanischer Böden an global operierende Investmentfonds, Banken und Konzerne.

Bamako-Dakar-Karawane: Was uns eint, ist die gemeinsame Überzeugung, dass sich an den derzeitigen Verhältnissen nur etwas ändern lässt, wenn soziale Basisbewegungen aus Afrika und Europa in großem Stil gleichberechtigt, verbindlich und direkt zusammenarbeiten. Afrique-Europe-Interact ruft deshalb zu einer transnational zusammengesetzten Bus-Karawane von Bamako nach Dakar auf, inklusive gemeinsamer Teilnahme am nächsten Weltsozialforum in Dakar (25.01. bis 11.02. 2011). Erwartet werden 250 TeilnehmerInnen, davon 50 aus Europa – die Karawane wird zudem von mehreren JournalistInnen und MedienaktivistInnen aus beiden Kontinenten begleitet. Konkretes Ziel der Karawane ist einerseits, die Zusammenarbeit von Afrique-Europe-Interact mit lokal verankerten Gruppen in Mali und Senegal zu vertiefen, andererseits politischen Druck aufzubauen. Neben Erfahrungsaustausch und öffentlichen Versammlungen sind daher auch mehrere Aktionen geplant – unter anderem gegen die EU-Grenzschutzagentur Frontex.

Spenden gesucht: Die Karawane ist nicht ganz billig, zumal viele AktivistInnen ohne kollektive Unterstützung nicht teilnehmen könnten – Stichwort: prekäre Lebens- und Arbeitsverhältnisse. Afrique-Europe-Interact ist daher auf Spenden dringend angewiesen.

Mehr Infos unter: www.afrique-europe-interact.net

III. THEMEN-SPARTEN - THEMATISCHE VERNETZUNGEN

Bleiberecht: (siehe auch JoG bei Netzwerken)

Projekt Roma Center Göttingen e.V. und Alle bleiben!

Der Verein wurde von jungen Roma gegründet und bietet seit dem Roma und anderen Flüchtlingen Unterstützung sowie Beratung. Ein Schwerpunkt der Arbeit des Vereines ist das Organisieren von Jugendtreffs, Projekten und regelmäßigen offenen Gruppen für Roma und andere jugendliche. Hierbei steht vor allem das gemeinsame Erleben und der Abbau von Vorurteilen im Vordergrund.

Geduldete und von der Abschiebung bedrohte Roma dabei zu helfen Wege zu einem gesicherten Aufenthaltsstatus zu finden und in ihrem Widerstand gegen die grausame Abschiebepolitik zu unterstützen gehört auch zu den Aufgaben des Vereines.

Aus diesem Grund wurde Anfang des Jahres die Kampagne alle bleiben! von verschiedenen Roma- und Unterstützerorganisationen ins Leben gerufen.

Wir wollen alle, die sich für ein Bleiberecht der geduldeten Roma in Deutschland einsetzen wollen, miteinander vernetzen und die Bevölkerung über die ernste Lage informieren. Es werden bundesweit Aktionen und Informationsveranstaltungen durchgeführt und mittlerweile gibt es auch schon internationale Unterstützer.

Neben dem uneingeschränkten Bleiberecht setzen wir uns auch für eine Verbesserung der Situation der Roma in ganz Europa ein. Wir wollen so viele mobilisieren wie nur möglich, denn nur gemeinsam können wir unsere Ziele durchsetzen.

Wir müssen deutschlandweit aktiv werden! Macht mit!

Projekt Roma Center Göttingen e.V., Haus der Kulturen, Hagenweg 2/e, 37081 Göttingen, Tel. +4915205919700
info@roma-center.de
www.roma-center.de
www.alle-bleiben.info
admin@alle-bleiben.info

Aktion 302 in Münster

Aktion 302 wurde im Sommer 2009 angesichts erster Abschiebungsvorbereitungen in Folge des im April 2009 unterzeichneten Rückübernahmeabkommens der deutschen Regierung mit dem jungen Staat Kosovo von der GGUA Flüchtlingshilfe e.V. und Amnesty International, Asylgruppe Münster, gegründet. Inzwischen ist Aktion 302 zu einer breiten Arbeitsplattform für Einzelpersonen und Gruppen, u.a. der SOS Roma Initiative, der Antirassistischen Initiative, der CAJ Münster und dem AStA der Universität Münster, geworden. Ziel von Aktion 302 ist es, die Abschiebung von 302 Kosovo-Roma, die zum Teil seit mehr als 10 Jahren in Münster leben, zu verhindern und ein Bleiberecht für sie zu erreichen.

Aktion 302 c/o GGUA Flüchtlingshilfe, Südstraße 46, 48153 Münster Tel.: 0251 / 14486 - 0

Fax.: 0251 / 14486 – 10, internet: www.aktion302.de

e- mail: kontakt@aktion302.de

Lagerkämpfe (siehe auch Karawane/Voice bei Netzwerken)

Netzwerk Deutschland Lagerland

Das Netzwerk Deutschland Lagerland ist ein bayernweites antirassistisches Netzwerk, in dem sich Flüchtlinge und deutsche AktivistInnen engagieren. Es existiert seit 2002, als unter dem Motto Deutschland Lagerland eine erste Demonstration gegen die damals in Bayern geplanten Abschiebelager in München stattfand. Seit dem kämpft das Netzwerk gegen Lagerzwang, Residenzpflicht, Asylbewerberleistungsgesetz, Abschiebungen und für ein Bleiberecht. Das Netzwerk wird derzeit getragen von über 130 Flüchtlingen aus 17 Lagern in ganz Bayern sowie lokalen antirassistischen Gruppen. Das regelmäßige DelegiertInnenreffen ermöglicht die Vernetzung und Entscheidungsfindung.

Dem Netzwerk geht es nicht nur um direkten Druck auf die Politik zur Abschaffung dieser rassistischen Sondergesetze. Das Netzwerk lehnt StellvertreterInnenpolitik ab und zielt vor allem auf ein Empowerment der Betroffenen, auch aber nicht nur innerhalb des Netzwerks. Ziel ist es auch, möglichst breite gesellschaftliche Bündnisse vor Ort zu mobilisieren, um aus der Öffentlichkeit heraus die Missstände zu skandalisieren. Gleichzeitig pflegt das Netzwerk starke Kontakte zu Medien und versucht immer wieder mit Aktionen, seinen Protest

zum Ausdruck zu bringen und die Öffentlichkeit für die Forderungen der Flüchtlinge zu gewinnen.

Das Netzwerk war 2003 an der Organisation der Aktionstage in Fürth gegen das dortige Abschiebelager involviert. 2006 zog die International Human Rights Tour, in Anlehnung an die Nolager-Tour im Norden, durch vier bayerische Städte. 2007 fand die erste Refugee Rights Konferenz in Nürnberg statt. Seit 2008 haben sich die Aktivitäten des Netzwerkes stark ausgeweitet, insbesondere trug das Netzwerk die Kampagne gegen das bayerische Lagersystem, die zu vielfachen Essenspakete-Boykotten, Hungerstreiks und diversen gesetzlichen Veränderungen führte.

Internet: <http://www.deutschland-lagerland.de>

Kontakt: kontakt@deutschland-lagerland.de

LagerinvenTour des Bündnis gegen Lager Berlin/Brandenburg

Wir, das Bündnis gegen Lager, sind ein Netzwerk aus Einzelpersonen und politischen Gruppen, die sich gegen die Lagerunterbringung von Flüchtlingen engagieren. Hauptforderung des Bündnisses ist die dezentrale Unterbringung von Flüchtlingen in Wohnungen. Außerdem kämpfen wir für die Abschaffung aller mit der Lagerunterbringung einhergehenden rassistischen Sondergesetze, wie das Sachleistungsprinzip und die Residenzpflicht.

Wir planen alle sieben Sammelunterkünfte in Berlin und alle 16 Sammelunterkünfte in Brandenburg zu besuchen und unsere Erfahrungen im Rahmen einer Konferenz, die für 2011 gemeinsam mit Flüchtlingen veranstaltet werden soll, zu dokumentieren und zu veröffentlichen. Und wir werden die dezentrale Unterbringung in Wohnungen zusammen mit den Bewohner_innen einfordern.

Aktuelles unter: <http://bglbb.blogspot.de/>

Kontakt: buendnis_gegen_lager@riseup.net

Kampagne „Kein Lager für Flüchtlingsfrauen“ von women in exile and friends

Women in Exile ist eine Gruppe von Flüchtlingsfrauen und ehemaligen Flüchtlingsfrauen in Berlin und Brandenburg, die sich mit den Flüchtlingsproblematiken aus der Sicht von Frauen identifizieren und Gesetze bekämpfen, die gegen die Emanzipation von Frauen gerichtet sind.

Gemeinsam mit anderen Frauen/Lesben/Feministinnen haben sie eine Kampagne gegen Lager initiiert. Neue Unterstützerinnen sind herzlich willkommen.

Wir fordern: Keine Lager für Flüchtlingsfrauen! Schließung aller Sammelunterkünfte!

Aktuelles unter: <http://womeninexile.blogspot.de/>

Kontakt: frauenasyl@yahoo.co.uk

In Gedenken an Oury Jalloh – Für Aufklärung und Gerechtigkeit

Am 07. Januar 2005 wurde Oury Jalloh Opfer eines rassistisch motivierten Verbrechens. Oury Jalloh verbrannte an Händen und Füßen angekettet auf einer feuerfesten Matratze in einer leeren Zelle im Polizeirevier Dessau. Rassistisch motiviert war bereits die Festnahme Oury Jallohs und ebenso seine Misshandlung durch die Polizisten. Rassistisch war das gesamte Vorgehen der Dessauer Polizisten an diesem 07. Januar 2005, das Oury Jalloh das Leben kostete. Rassistisch war der weitere Verlauf: Es gab keine ernsthafte Untersuchung, sondern lediglich die von allen staatlichen und justiziellen Stellen getragene und vorgetragene Lüge zum Schutz der Täter – Oury Jalloh habe sich selbst angezündet.

Der Prozess gegen die angeklagten Polizisten endete im Dezember 2008 mit einem Freispruch. Auf Verlangen der Initiative in Gedenken an Oury Jalloh legte die Nebenklage Widerspruch gegen das Urteil beim Bundesgerichtshof (BGH) ein – und bekam Recht. Exakt am fünften Todestag Oury Jallohs bestätigte der BGH mit seinem Revisionsurteil die Anklage, die die Initiative Oury Jalloh und andere Organisationen bereits seit Langem erhoben.

Das rassistische Denken der PolizistInnen, die auch für den Tod Oury Jallohs verantwortlich sind, schikaniert Afrikaner und nicht-deutsch aussehende AktivistInnen systematisch und zermürbt sie durch ständige Kontrollen. Doch wir lassen uns davon nicht einschüchtern. Der Kampf geht weiter. Wir fordern:

Stopp rassistischer Polizei-Kontrollen in der BRD!

Abschaffung der Residenzpflicht!

Stopp rassistischer Polizei-Gewalt!

Aufklärung, Gerechtigkeit und Entschädigung im Fall Oury Jalloh!

<http://initiativeouryjalloh.wordpress.com/>

Kampagne gegen die Dublin II-Abschiebungen nach Griechenland

(Stand: Dezember 2010)

Dublin II ist die europäische Verordnung, in welcher geregelt wird, dass nur ein Land für die Untersuchung eines Asylantrags zuständig ist. In der Regel jenes, das die Einreise des Asylsuchenden „verursacht“ hat, weil seine Botschaft ein Visum ausgestellt hat oder weil es an der Grenze nicht ordentlich aufgepasst hat. Stellt der Flüchtling einen Asylantrag in einem anderen Land und wird dies anhand eines Eintrags in der europäischen Fingerabdruck-Datenbank EuroDAC oder aufgrund sonstiger Nachweise festgestellt, so erfolgt die Abschiebung in den nach der Dublin II-Verordnung zuständigen Staat. Es liegt auf der Hand, dass dieses System nicht funktionieren kann und sich die europäischen Zentralstaaten ihrer Verantwortung für die Flüchtlinge auf Kosten der Staaten, die an den europäischen Außengrenzen liegen, entledigt haben.

Ausgangspunkt der Kampagne gegen Dublin II-Abschiebungen nach Griechenland ist die erfolgreiche Öffentlichkeitsarbeit zu Griechenland, die bereits 2007 von Pro Asyl initiiert und kontinuierlich fortgesetzt wurde und die mit dem Nobordercamp auf Lesbos und den Bildern aus dem Internierungslager Pagani im letzten Jahr weitere Dynamik gewonnen hat. Aus dieser Dynamik heraus entwickelte das Netzwerk Welcome to Europe die Idee einer Aktionskampagne, mit eigener Webseite und eigenen kleinen Aktionen.

Griechenland hatte 2009 Polen als Zielland Nr. 1 für Dublin-II-Rückschiebungen abgelöst. Fast 25 % der Überstellungsersuche wurden 2009 an Griechenland gerichtet. Mittlerweile steht der Apparat weitgehend still. Mehrere europäische Staaten mussten Dublin II-Abschiebungen nach Griechenland auf Bitten des Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte aussetzen. Und seit September 2009 hat auch das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe in mittlerweile 13 Fällen Griechenland-Abschiebungen vorläufig ausgesetzt. Ende Oktober 2010 hat nun eine erste Anhörung stattgefunden, mit einer grundlegenden Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts ist aber frühestens in einigen Monaten zu rechnen.

Das Bundesinnenministerium hält unterdessen weiterhin mit Zähnen und Klauen an den Abschiebungen nach Griechenland fest, und gerade weil de facto inzwischen kaum mehr nach Griechenland abgeschoben wird, dürfte der Kampf gegen die Griechenlandabschiebungen nach wie vor der Hebel sein, um das komplette Dublin II-Abkommen ins Wanken zu bringen. Und auch in Richtung Dublin II-Abschiebungen nach Polen, Italien und Ungarn werden die ersten Hebelchen in Anschlag gebracht...

Webseite: <http://dublin2.info>

contact@dublin2.info - (Auch um den in unregelmäßigen Abständen erscheinenden Kampagnen-Newsletter zu abonnieren.)

Medibüros/MediNetze

Die Grundgesetzänderung (§ 16 – Recht auf Asyl) und die Einführung des Asylbewerberleistungsgesetzes 1993 schränkten das Recht, Asyl zu stellen, erheblich ein und brachen mit den Grundsätzen einer einheitlichen Sozialhilfe als letzte soziale Sicherung in Deutschland. Seither gibt es ein anderes Existenzminimum für Flüchtlinge, was mit eingeschränkter medizinischer Versorgung einhergeht. Die eingeschränkte Versorgung ist allerdings nur gegen einen Offenbarung ggü. Den Ausländerbehörden und damit drohender Abschiebung möglich. Aus dem allgemeinen antirassistischen Widerstand gegen diese Zäsur entstanden ab 1994 die ersten Medibüros bzw. MediNetze oder medizinischen Flüchtlingshilfen. Sie hatten es sich zur Aufgabe gemacht, Vermittlungssprechstunden einzurichten, um einer erwarteten ansteigenden Zahl von Papierlosen, aber auch Asylsuchenden (Residenzpflichtauflagen, eingeschränkte Versorgung nach dem Asylbewerberleistungsgesetz) eine möglichst reguläre medizinische Versorgung zukommen zu lassen. Es wurden Kreise von ÄrztInnen, Hebammen, Laboren gebildet, die mit den Medibüros unentgeltlich zusammenarbeiten. Medikamente und notwendige Materialien werden über Muster oder Spendengelder bezahlt. Langfristiges Ziel ist die Eingliederung dieser Menschen in die reguläre medizinische Versorgung und damit die eigene Auflösung. Die Medibüros agieren zwischen humanitären und antirassistischen Beweggründen und lehnen deshalb eine Bezahlung der eigenen Arbeit ab. Es geht nicht darum, sich in parallelen Strukturen einzurichten, sondern Überbrückungsarbeit zu leisten und über die politische Arbeit reguläre Lösungsstrategien zu entwickeln. Die Anzahl der MediBüros bundesweit ist im Rahmen der größeren Öffentlichkeit in den letzten Jahren rasant auf 26 angestiegen. Diese Zunahme geht mit einer größeren Heterogenität des Spektrums einher, die sich in einer größeren Spannbreite politischer Ausrichtungen zeigt.

<http://medibueros.org>

Über die BAfF

Die Bundesweite Arbeitsgemeinschaft der Psychosozialen Zentren für Flüchtlinge und Folteropfer e.V. (BAfF) ist der Dachverband der Behandlungszentren für Folteropfer. Wir helfen Menschen, die unvorstellbares Leid erlebt haben. Zu uns kommen Folterüberlebende, Kriegsoffer und Kindersoldaten. Viele sind schwer traumatisiert und leiden unter ihren schrecklichen Erlebnissen. Derzeit sind in der BAfF 24 psychosoziale Behandlungszentren, Initiativen und Einrichtungen für die medizinischen, psychotherapeutischen und psychosozialen Versorgung und Rehabilitation von Opfern von Folter und anderer schwerer Menschenrechtsverletzungen vernetzt. BAfF ist Gründungsmitglied des Europäischen Netzwerks der Behandlungseinrichtungen für Folteropfer. Aktuell hat die BAfF den Vorsitz in Europa.

Auszüge aus der aktuellen Kampagne zur Gesundheitsversorgung von besonders schutzbedürftigen Flüchtlingen:

Menschen, die Folter und andere Formen schwerer psychischer und physischer Gewalt erlitten haben, Kinder, Behinderte, ältere Menschen, Schwangere und Alleinerziehende bedürfen eines besonderen Schutzes.

Der Anteil der traumatisierten Flüchtlinge in Deutschland, die besonders schutzbedürftig sind, wird auf 40 % geschätzt. Damit sie mit den Folgen ihrer traumatischen Erlebnisse leben lernen, ist eine intensive und oft langfristige medizinische und psychotherapeutische Behandlung notwendig.

Das ist nicht nur ein Gebot der Humanität sondern eine zwingende Verpflichtung des EU-Rechts.

Dazu zählen insbesondere:

1. das frühzeitige Erkennen der körperlichen und seelischen Erkrankungen.
2. der gesicherte und barrierefreie Zugang zu qualifizierter Behandlung.
3. eine interdisziplinäre Beratung und Begleitung.

Nähere Infos unter: www.beHandeln-statt-verwalten.de

Bundesweite Arbeitsgemeinschaft Psychosozialer Zentren für Flüchtlinge und Folteropfer - BAfF e.V.

c/o Xenion, Paulsenstr. 55-56, 12163 Berlin

Telefon:+49 (0)30-31012463, Telefax:+49 (0)30-324 85 75

www.baff-zentren.org

www.baff-forum.org

Bundesfachverband Unbegleitete Minderjährige Flüchtlinge e.V.

Seit über zehn Jahren setzt sich der Bundesfachverband Unbegleitete Minderjährige Flüchtlinge e.V. für die Rechte von Jugendlichen ein, die ohne sorgeberechtigte Begleitung nach Deutschland kommen. Der Bundesfachverband UMF ist ein eingetragener Verein, der in München eine Geschäftsstelle betreibt, in der zur Zeit fünf Mitarbeitende hauptamtlich tätig sind. Insgesamt besteht der Verband aus rund 150 Mitgliedern, darunter ca. 40 Organisationen.

Die Hauptaufgabenfelder sind:

- Verbesserung der Aufnahmesituation: Eine bundesweit einheitliche altersspezifische Versorgung hat sich bislang - trotz geltender Gesetzeslage - nicht durchsetzen können. Wir setzen uns auf den verschiedenen politischen Ebenen für eine Verbesserung dieser Situation ein.
- Gesellschaftliche Beteiligung: Wir unterstützen junge Flüchtlinge für ihre Anliegen einzutreten, ihre Stimme zu erheben – sei es im Rahmen von Fachtagungen, Kundgebungen, in unserer Geschäftsstelle oder in der Mitarbeit an Publikationen.
- Vermittlung von Wissen: Der Bundesfachverband UMF organisiert regelmäßig Fachtagungen und Schulungen zu verschiedenen Themen und gibt so das Wissen an die Beteiligten weiter.
- Vernetzung der Fachöffentlichkeit: Wir haben ein Netzwerk geschaffen, welches Mitarbeitende aus der Flüchtlings- und Jugendarbeit, politisch Interessierte und Engagierte, Kinderrechtsorganisationen und kommunale Behörden zusammenbringt.

Kontakt: Bundesfachverband UMF e.V., Nymphenburger Str. 47, 80335 München

Tel.: 089/20 24 40 13, Fax: 089/20 24 40 15

Mail: info@b-umf.de, Homepage: www.b-umf.de

Connection e.V. - Internationale Arbeit für Kriegsdienstverweigerer und Deserteure

In vielen Ländern werden Menschen für den Krieg zwangsweise rekrutiert. Verweigerer werden diskriminiert und verfolgt. Der seit 1993 bestehende Verein Connection tritt auf internationaler Ebene für ein umfassendes Recht auf Kriegsdienstverweigerung ein und arbeitet mit Gruppen zusammen, die sich gegen Krieg, Militär und Wehrpflicht engagieren. Es bestehen Kontakte zu Gruppen in Europa, Türkei, USA, Israel, Algerien, Lateinamerika und Afrika. Die prekäre Situation im Herkunftsland zwingt viele Kriegsdienstverweigerer zur

Flucht. Die Verweigerung wird jedoch zumeist nicht als Asylgrund anerkannt. Connection e.V. fordert Asyl für Kriegsdienstverweigerer aus Kriegsgebieten. Der Verein bietet Flüchtlingen Beratung und Information an.

Unterstützung selbstorganisierter Initiativen

Ein Schwerpunkt unserer Arbeit ist die Unterstützung von selbstorganisierten Initiativen von Flüchtlingen. In den letzten zwei Jahrzehnten waren es Kriegsdienstverweigerer aus dem ehemaligen Jugoslawien, aus Russland, aus Griechenland, den USA, Angola, Eritrea oder der Türkei, die sich zusammengeschlossen haben. Es sind sehr oft Gruppen, deren vorrangiges Ziel die gegenseitige Unterstützung ist, um nicht zum Militär gehen zu müssen und/oder um einen Aufenthaltsstatus in Deutschland zu erringen.

- MigrantInnen, die mit einem ausländischen Pass auf Dauer in Deutschland leben, sind in ihrem Herkunftsland wehrpflichtig. Können sie sich der Wehrpflicht entziehen? Gibt es dort das Recht zur Kriegsdienstverweigerung? Kriegsdienstverweigerer, die diese Fragen nicht klären können und keine befriedigende Antwort finden, sehen sich in einer ausweglosen Lage: Das Konsulat wird die Ausstellung eines neuen Passes verweigern – oder auch die Verlängerung. Ohne Ausweispapiere erlischt die Aufenthaltsberechtigung in Deutschland. Es droht die Abschiebung.

- Aufgrund von Zwangsrekrutierung und der Verfolgung von Kriegsdienstverweigerern und Deserteuren sehen viele ihre einzige Chance in der Flucht. In der Regel gilt aber die Verfolgung von Kriegsdienstverweigerern nicht als Asylgrund. Deutsche Behörden und Gerichte lehnen deren Asylanträge immer wieder ab, da jeder Staat das Recht habe, seine Männer (und auch Frauen) zur Wehrpflicht zu zwingen. Es spielt dabei keine Rolle, ob dort Krieg geführt wird, ob es überhaupt ein Recht auf Kriegsdienstverweigerung gibt, ob dort ein unterdrückerisches Regime herrscht. An all diesen Stellen ist Unterstützung und gegenseitige Solidarität nötig. Aufgrund der je nach Herkunftsstaat unterschiedlichen rechtlichen Situation und der Erfahrung, dass deutsche Behörden ihr Anliegen ablehnen, ist die gegenseitige Beratung eines der wichtigsten Schwerpunkte der Arbeit von selbstorganisierten Gruppen. Darüber hinaus hatten sich die Gruppen immer dann zusammengefunden, wenn sie gemeinsam ein politisches Ziel nach außen tragen wollten. Sie wenden sich gegen den Krieg in ihrem Herkunftsland, sie wollen die dort möglicherweise aktiven Gruppen unterstützen, sie organisieren Aktionen, um auf die prekäre Situation im Herkunftsland hinzuweisen und die dortige Praxis anzuprangern, sie fordern gemeinsam Asyl für Kriegsdienstverweigerer und Deserteure.

Kontakt über Connection e.V., Gerberstr. 5, 63065 Offenbach, Tel.: 069-82375536, www.Connection-eV.de

Arbeit und Migration – gewerkschaftliche Anlaufstellen für MigrantInnen mit und ohne Papiere

2008 wurde eine erste Anlaufstelle in Hamburg eingerichtet, mittlerweile gibt es solche Projekte unter verschiedenen Namen in 5 Städten sowie in Wien ein Prekär-Cafe, mit dem gute Kontakte bestehen. Im folgenden finden sich jeweilige Kurzberichte und Links, und alle (zum Teil noch in der Aufbauphase befindlichen) Projekte stehen vor ähnlichen Fragen: wie mehr Zugang finden in die migrantischen Communities, wie kann Vertrauen aufgebaut und ermutigt werden, sich die prekären Arbeitsbedingungen nicht gefallen zu lassen? Wie lassen sich über individuelle Beratung hinaus Widerständigkeits politisieren und vor allem kollektivieren? Die Anlaufstellen bemühen sich um eine bundesweite Vernetzung, zumindest einmal im Jahr wollen sie in Zukunft zusammentreffen und geplant ist auch eine gemeinsame Internetplattform. Zum überregionalen Austausch wird die a+m-Mailingliste genutzt (siehe Mailinglistenüberblick). Auf der Frankfurter Konferenz gibt es einen Bildervortrag und eine Arbeitsgruppe.

MigrAr Hamburg

MigrAr (Migration und Arbeit) eröffnete am 1. Mai 2008 bei ver.di Hamburg, seitdem wird einmal pro Woche Beratung für ArbeitnehmerInnen ohne gesicherten Aufenthalt angeboten. Im Januar 2010 hat der DGB Hamburg MigrAr übernommen. Die Arbeit von MigrAr findet in Kooperation mit anderen Beratungsstellen sowie den Mitgliedsgewerkschaften des DGBs statt. In den bisherigen Beratungen und Vertretungen waren v.a. die Einforderung von Lohn, aber auch von Urlaubsgeld und Versicherungsschutz Thema.

MigrAr- Gewerkschaftliche Anlaufstelle für MigrantInnen ohne gesicherten Aufenthalt

Adresse: Besenbinderhof 56, 20097 Hamburg Tel: 040 - 2858 4138

Email: migrar.hamburg@verdi.de

Öffnungszeiten: Dienstags von 10 - 14 Uhr

AK undokumentierte Arbeit Ver.di Berlin

Der AK Undokumentierte Arbeit ist ein Bündnis von Gruppen und Organisationen, die seit langem gegen Illegalisierung und die damit verbundene Entrechtung aktiv sind (u.a. das Büro für medizinische Flüchtlingshilfe, die Antirassistische Initiative, Respect, Zagaz). Der AK arbeitet auf drei verschiedenen Ebenen: er bietet Beratung bei arbeitsrechtlichen Problemen für Leute in schwierigen Aufenthaltsverhältnissen an. Er bietet eine Plattform für politische Organisation von Arbeiter_innen ohne Papiere und arbeitet darüber hinaus daran, dass sich die gesellschaftlichen Verhältnisse ändern, die von Illegalisierung profitieren. Wir betonen, dass gerade im undokumentierten Bereich die Arbeit nach wie vor extrem gegendert ist, und beispielsweise Haus- und Care-Arbeit, von Frauen gemacht wird, deren Ausbildungen und Qualifikationen nicht anerkannt werden und deren Lage aufgrund des Aufenthaltsgesetzes prekär aber nicht völlig rechtlos ist. Auch beim Arbeiten ohne offiziellen Vertrag gibt es Rechte. Das Recht auf Lohn und auf Urlaub, die Möglichkeit der Unfallversicherung haben mit dem Aufenthaltsstatus nichts zu tun. Eine gute Zusammenfassung kann auf mehreren Sprachen in dem Clip „Know your Rights“ im Internet angesehen werden.

Seit letztem Jahr (2009) sind die Gruppen in Ver.di als AK organisiert. Die Beratung findet zweimal im Monat statt und wird ehrenamtlich geleistet. Es gibt ein monatliches Treffen aller aktiven Mitglieder. Der AK macht keine klassische Unterstützungsarbeit, sondern ist eine Form, sich gemeinsam politisch zu organisieren. Für die Beratung ist es wichtig, eigene Erfahrungen und die anderer mit dem Umgang in Arbeitsverhältnissen weiterzugeben und zusammen zu bringen, d.h. Berater_innen schulen sich gegenseitig. Über die Beratung hinaus will der AK Möglichkeiten der Weiterbildung z.B. in Seminaren zu Arbeitsrechten, und Arbeitssuche anbieten und sich mit weiteren migrantischen selbstorganisierten Organisationen, Gruppen und Communities vernetzen.

AK Undokumentierte Arbeit bei Ver.di

www.youtube.com/watch?v=7d7aHc8-OuI

Beratung jeden 2. Mittwoch von 9:00 Uhr – 11:00 Uhr und jeden 4. Mittwoch im Monat von 18:00 Uhr – 20:00 Uhr. Kontakt: Ver.di Landesbezirk, Zimmer E 10, Köpenicker Str. 30 in 10179 Berlin.

Telefon während der Beratungszeiten: 030.8866.5622

Email: ak-undokumentierte-arbeit.berlin@verdi.org

Initiative Zivilcourage München

Zwischen 2007 und 2010 unterstützte die Initiative Zivilcourage insgesamt 46 türkische Werkvertragsarbeiter sich gegen Lohnbetrug zur Wehr zu setzen. Seit Anfang 2010 arbeitet die Initiative eng mit prekarierten Menschen aus neuen EU-Ländern im Münchner Bahnhofsviertel zusammen, um gemeinsam Wege zur Verbesserung ihrer Lebenssituation und des Zusammenlebens in der Stadtgesellschaft zu beschreiten. Ziel ist dabei nicht eine weitere karitative – unter paternalistischen Prinzipien arbeitende – Hilfsorganisation zu etablieren, sondern vielmehr mit partizipatorischen Projekten Grenzen zu durchbrechen und gemeinsam einen Kampf für bessere und lebenswerte Lebensumstände zu unterstützen.

Einige Beispiele: Die Initiative veranstaltete zunächst gemeinsame Diskussionsrunden zu Themen wie Arbeit, Wohnungsproblematik, Diskriminierung durch Anwohner und Polizei und zur Verfassung eines Flugblattes mit politischen Forderungen und einer schriftlichen Darstellung von konkreten Beispielen von Diskriminierung. Über 200 Tagelöhner_innen traten auf ihre Vermittlung hin der Gewerkschaft ver.di bei und bekommen so nun – mit vielfachem Erfolg – juristische Unterstützung um vorenthaltene Löhne einzufordern. Konkrete Möglichkeiten und Rechte in Zusammenhang mit Arbeit spielen in den Projekten der Initiative mit den Tagelöhner_innen eine sehr zentrale Rolle. Auf gemeinsame Initiative hin nahmen bulgarische Münchner_innen aber auch etwa an der Demo zum ersten Mai und an einigen öffentlichen Podiumsdiskussion teil. Auf solchen Veranstaltungen wird sonst von politischen und sozialen Akteuren über diese Menschen gesprochen, ohne ihnen selbst eine Stimme zu geben. Außerdem treffen sich Mitglieder der Initiative regelmäßig mit Arbeiter_innen zu Deutschkursen, zur Begleitung auf Ämter um dort im wahrsten Sinne des Wortes ihre Rechte auf soziale Leistungen zu erkämpfen und zu regelmäßigen gemeinsamen Treffen um konkrete Schritte hin zu besseren Verhältnissen zu planen und zu verwirklichen. Ein konkretes Ziel ist beispielsweise die Verwirklichung eines selbstverwalteten Workers-Center, in dem sich die Arbeiter_innen einen Freiraum schaffen können.

Mehr Infos: www.werkvertrag.antira.info

Anlaufstelle Sans Papier bei verdi München

Seit März 2010 machen wir die Beratungsstelle, zuvor haben wir mit Initiativen, Ärzten, ein Netzwerk gegründet. Darüber hat sich die Beratung rasant entwickelt: vor allem Bulgar/innen kamen in die Beratung und haben sich organisiert, aber auch durch die afrikanischen Communities haben wir regen Zulauf (über die Beratung sind 250 Kolleg/innen Mitglied in ver.di geworden). Die Bulgar/innen bilden einen großen Tagelöhnermarkt in München, weil sie anders ihre Arbeitskraft nicht anbieten können (EU-Übergangsregelung). Zur Zeit rufen wir mit der Initiative für Zivilcourage ein Projekt ins Leben, das dazu dienen soll, dass Migrant/innen einen

selbstbestimmten Aufenthaltsraum haben, Deutschkurse und Beratung angeboten wird. Das Referat Arbeit und Wirtschaft will das Projekt fördern. Wir versuchen auf der politischen Ebene (Stadtrat/Antidiskriminierungsstelle/Amt für Wohnen und Migration) auf die skandalösen Lebensbedingungen aufmerksam zu machen und Änderungen zu bewirken.

Kontakt: Dagmar Ruedenburg, ver.di Landesbezirk Bayern - LFB 13

Tel.: 089 - 59977 - 11 30 / 11 35

Email: dagmar.ruedenburg@verdi.de

MigrAr Frankfurt/Rhein-Main

Im Rhein-Main-Gebiet leben zwischen 25.000 und 50.000 „statuslose“ Menschen, die in unterschiedlichsten Branchen – von Flughafen über Bau, Reinigungsgewerbe, Hausarbeit, Pflege bis Gastronomie und Landwirtschaft - arbeiten. Nach einem langen Vor- und Anlauf gibt es seit dem 2. September für sie eine kostenlose arbeits- und tarifrechtliche Erstberatung bei „MigrAr“, der „gewerkschaftlichen Anlaufstelle für MigrantInnen in prekären Arbeitsverhältnissen, mit und ohne Papiere“. Mit MigrAr decken wir eine bisherige „Lücke“ im Frankfurter Beratungsangebot ab: die Durchsetzung bestehender Arbeitsrechte unabhängig vom Aufenthaltsstatus. Zur Zeit unterstützen wir konkret ungarische Fliesenleger, die scheinselfständig gearbeitet haben, bei der Durchsetzung ihrer Lohnforderungen gegenüber einer Kette von Subunternehmern, eine Gruppe von ca. 30 lateinamerikanischen Frauen, die als Au Pair arbeiten, bei ihrer Forderung nach Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen zu Au Pair-Arbeitsverhältnissen (Arbeitszeiten, Freizeit, Bezahlung etc.) und einen Bulgaren, der selbständig als Reinigungskraft arbeitet, bei der Durchsetzung sozialversicherungsrechtlicher Ansprüche.

Da das Projekt noch relativ jung ist, gehen wir davon aus, dass sich das Beratungsangebot noch herumsprechen muss. Dabei setzen wir vor allem auf muttersprachliche Schlüssel-Kontakte in die migrantischen Communities. Unsere Beratung findet zwei Mal pro Monat auf ehrenamtlicher Basis statt, wobei wir hoffen, dass der DGB sich doch irgendwann einmal dazu durchringt, ein solches Angebot flächendeckend und verbindlich zu schaffen. Eine Besonderheit des Projekts ist der breite Unterstützerkreis (Kirchen, Gewerkschaften, Antirassistischen Initiativen, Menschenrechtsinitiativen, ÄrztInnen, AnwältInnen, Flüchtlingsinitiativen etc.), der u.E. nicht nur für MigrAr selbst, sondern auch darüber hinaus politisch notwendig ist, um der restriktiv-selektiven Ausländer- und Arbeitsmarktpolitik der BRD etwas entgegenzuhalten.

Webseite: <http://migrar-ffm.de>

Email: kontakt@migrar-ffm.de

Du hast Rechte! - Bremen

Die Initiative ‚Du hast Rechte!‘ in Bremen bietet momentan an 2 Tagen in der Woche feste Beratungszeiten an, insgesamt 6 Stunden. Ein Termin ist im Gewerkschaftshaus und findet in Kooperation mit ADA statt (Antidiskriminierung in der Arbeitswelt, getragen von Arbeit und Leben). Der andere wöchentliche Termin ist im selben Beratungsbüro, das auch Flüchtlingsinitiative und Medinetz nutzen, was ein sehr unkompliziertes Weiterleiten von Anfragen möglich macht. Das Projekt befindet sich noch in der Startphase, bisher gab es ca. 10 bis 12 Beratungsfälle (Stand: November 2010). Zielgruppe sind Menschen mit und ohne Papiere, die Probleme im Zusammenhang mit Arbeit und Arbeitserlaubnis haben. Die arbeitsrechtliche Thematik mischt sich mit sozialrechtlichen Fragen und Themen wie Verschuldung, Krankschreibung, Diskriminierung im Rahmen von Konzessionsvergabe etc. Bekanntgemacht wurde das Projekt bisher vor allem über Info-Veranstaltungen im Rahmen regelmäßiger Treffen verschiedener, vorwiegend afrikanischer Communities und bei anderen Beratungsstellen. Ein weiterer Schwerpunkt lag auf dem Einholen von Informationen über Arbeitsbedingungen und Arbeitsstrukturen in verschiedenen Branchen, z.B. über informelle Arbeitsvermittler, die bezahlt werden müssen. Außer Beratung und Info Veranstaltungen formuliert die Initiative ‚Du hast Rechte‘ auch das Angebot an MigrantInnen und Flüchtlinge, sie mit Aktionen und Öffentlichkeitsarbeit bei der Durchsetzung von Forderungen gegenüber ArbeitgeberInnen zu unterstützen.

www.duhastrechte.blogspot.de

PrekärCafé, Wien

Das PrekärCafé ist ein aus der Wiener EuroMayDay-Bewegung hervorgegangenes Kollektiv, das sich mit verschiedenen Aspekten der Prekarisierung von Arbeit und Leben beschäftigt. Seit rund einem Jahr arbeiten wir in diesem Rahmen an einer Kampagne zum Thema „undokumentiertes Arbeiten, Organisation und Gewerkschaften“. Diese besteht zum einen in der Organisation einer Veranstaltungsreihe mit Workshops, Filmscreening, Vorträgen und Podiumsdiskussionen zum Thema. Zum anderen haben wir versucht, Diskussions- und Vernetzungsprozesse sowohl in gewerkschaftlichen als auch in antirassistischen Zusammenhängen zu initiieren. Den Ausgangspunkt der Kampagne bilden eigene Erfahrungen mit Möglichkeiten und Problemen des Arbeitskamps und der (Selbst-)Organisation in unterschiedlichen Bereichen prekärer Arbeit - und die

Frage nach geeigneten Modellen solidarischer Unterstützungsarbeit für undokumentierte ArbeiterInnen.
www.prekaer.at

frontExplode – Kampagne gegen die EU-Grenzschutzagentur

Vor 5 Jahren, im Mai 2005, begann die europäische Grenzschutzagentur mit einzelnen Pilotprojekten. Heute ist Frontex im militarisierten Dauereinsatz gegen Flüchtlinge und MigrantInnen, gegen Boatpeople wie Sans-Papiers, sei es an den See- oder Landaußengrenzen oder in der Koordination von Charterabschiebungen. Frontex ist die treibende Kraft zur Verschärfung einer repressiven Migrationskontrolle, sogar über die EU-Grenzen hinaus. Die Bekämpfung der sogenannten illegalen Migration ist ihr Auftrag, dafür nimmt Frontex den Tod von tausenden Flüchtlingen im Mittelmeer und Atlantik in Kauf. Frontex symbolisiert einen der zentralen Gegenspieler in unserem Kampf für globale Bewegungsfreiheit.

Im Juni 2008 startete die Kampagne gegen Frontex mit einer Kundgebung vor der Zentrale in Warschau, in transnationalen Aktionsketten des gleichen Jahres, beim Nobordercamp auf Lesbos 2009 und erneut 2010 war Frontex ein bestimmendes Thema. Die Nr. 8 des multilingualen Newsletters Crossing Borders (siehe www.noborder.org) hat Frontex zum Schwerpunkt, auch für 2011 sind neue Proteste in Planung, u.a. während der Karawanetour zwischen Bamako und Dakar.

Informationsseite zu Frontex, vor allem in deutsch: <http://frontex.antira.info/>

Die Kampagnenseite in englisch: <http://frontexplode.eu/>

Vernetzung der Projekte an den EU-Außengrenzen

„Recherche und Solidarität an den EU-Außengrenzen“ lautet der Titel eines Bildervortrags sowie einer Arbeitsgruppe auf der Frankfurter Konferenz. An allen sog. Hot Spots, also den Brennpunkten an der EU-Außengrenze, haben sich in den letzten Jahren Projekte entwickelt und stabilisiert, um die Externalisierung (Vorverlagerung) des EU-Grenzregimes zu thematisieren und zu kritisieren. Von Recherche und Öffentlichkeitsarbeit über die Unterstützung lokaler Akteure bis zu Solidaritätskampagnen und direkten Protesten - das Spektrum der Aktivitäten ist so weit wie die Akteure verschieden sind. Pro Asyl als gewichtigste NGO im Feld (siehe Netzwerke) hat seinen Schwerpunkt in Griechenland und der Türkei, arbeitet aber auch zu Libyen oder der Ukraine. Medico International unterstützt Projektpartner in Westafrika. Borderline Europe arbeitet zu Osteuropa und Italien/Libyen. Die Stiftung: do ist in erster Linie in Marokko aktiv und das Bordermonitoring Ukraine an den Ostgrenzen der EU. Welcome to Europe (siehe Netzwerke) hat mit dem Nobordercamp auf Lesbos einen seiner Ursprünge in Griechenland, und Afrique-Europe-Interact (siehe Netzwerke) will mit einem ambitionierten Projekt zwischen Mali und Senegal die euro-afrikanische Kooperation intensivieren. All diese Projekte haben nicht nur geographische sondern auch inhaltliche Überschneidungen, die Frankfurter Konferenz soll zum Katalysator einer intensivierten Zusammenarbeit werden. Im folgenden kurze Darstellungen der Projekte, die nicht schon in der Sparte zu den Netzwerken genannt sind.

Borderline Europe – Menschenrechte ohne Grenzen e.V.

An den Außengrenzen der Europäischen Union finden immer mehr Menschen auf der Suche nach einem menschenwürdigen Leben den Tod. Sie fliehen vor der Zerstörung ihrer Lebensgrundlagen durch Kriege, Umweltkatastrophen, ungerechte Wirtschafts- und Handelsbedingungen und sie fliehen vor den gewalttätigen und diskriminierenden gesellschaftlichen Verhältnissen in ihren Herkunftsländern.

Die EU-Kommission setzt ebenso wie die meisten nationalen Regierungen ungeachtet tausender Opfer weiterhin vor allem auf die nach militärischen Prinzipien organisierte Abschottung gegen Flüchtlinge und MigrantInnen: Unter Führung der EU-Agentur „Frontex“ ist eine ganze Armee aus Militär, Polizei und Grenzschutz mit modernstem Kriegsgerät damit beschäftigt, Menschen am Grenzübertritt zu hindern. Besonders dramatisch ist die Lage im Süden der EU, wo Mittelmeer und Atlantik die Grenze zwischen den Kontinenten Europa und Afrika bilden. Tausende Flüchtlinge und MigrantInnen versuchen in kleinen, seeuntüchtigen Booten die gefährliche Überfahrt – wie viele von ihnen auf dem Meer ertrinken, verdursten oder Opfer von Gewalttaten werden, kann nur geschätzt werden.

An den östlichen Grenzen der EU hat die betriebene Abschottung nicht die dramatischen Konsequenzen wie im Mittelmeer und vor den Kanarischen Inseln. Aber auch hier finden vielfältige Menschenrechtsverletzungen statt, sei es durch lang andauernde Inhaftierungen von Flüchtlingen, durch den Ausbau menschenunwürdiger Flüchtlingslager und durch die Rückschiebungen von Flüchtlingen. Menschen, die Flüchtlingen und MigrantInnen in ihrer Not helfen und Leben retten, werden in zunehmendem Maße kriminalisiert, in dem sie vor Gerichten wegen Fluchthilfe für ihr humanitäres Verhalten angeklagt werden.

Das Schweigen brechen

Das wahre Ausmaß dieser Tragödie wird von offizieller Seite verschwiegen, die Bürgerinnen und Bürger Europas sollen nicht erfahren, was sich an den Außengrenzen der EU tatsächlich abspielt. Wir wollen dieses Schweigen brechen. *borderline-europe* wird deshalb den Vertuschungsversuchen der Behörden mit präzisen Recherchen in den Grenzregionen entgegenarbeiten. Wir wollen Öffentlichkeit herstellen, um auf Basis zuverlässiger Informationen den tödlichen Konsequenzen der Abschottungspolitik entgegen zu wirken. Denn menschenwürdige Lösungen lassen sich nur finden, wenn wir auch den Mut haben, uns der Realität zu stellen.

Was wir tun wollen:

Konstante Beobachtung der Situation an den EU-Außengrenzen
Erstellung von Dokumentationen/Publikationen zum Thema
Unterstützung von Initiativen zur humanitären Hilfe an den Grenzen
Vermittlung von Ansprechpartnern für Presse und Veranstalter
Aufbau eines europäischen Netzwerkes
borderline-europe - Menschenrechte ohne Grenzen e.V.
Rudolf-Breitscheid-Str. 164, D-14482 Potsdam
Tel./Fax: +49 (0)331 887 154 60
E-Mail: mail@borderline-europe.de
<http://www.borderline-europe.de/>

medico international

unterstützt das westafrikanische Netzwerk für die Rechte der MigrantInnen

Die Jahrhunderte alte Kultur der Soninké in Mali kennt keinen Begriff für „Migration“. Im Bambara, einer ihrer Hauptsprachen, welche von ca. 30 Millionen Menschen in zehn Ländern Westafrikas verstanden wird, gibt es allein *tama*, zu deutsch: „sich auf den Weg machen“. Wir sollten ihnen folgen und versuchen gemeinsam in der einen Welt die Fremdheit des Morgens zu begrüßen. (aus einem *medico*-Positionspapier 2010)

„Hilfe im Handgemenge“ ist einer der Kernsätze im Selbstverständnis von *medico international*, der in Frankfurt/Main ansässigen sozialmedizinischen Hilfsorganisation mit über 40-jähriger internationalistischer Tradition. „Unterstützung zur Selbstorganisation“ ist daher auch die Devise für die Projekte, mit denen sich *medico* seit mehreren Jahren in zunehmender Weise im unmittelbaren Kontext von Flucht und Migration engagiert.

„Das Recht zu bleiben und das Recht zu gehen“, lautet der Titel eines aktuellen Positionspapieres von *medico*, in dem die Ausgangspunkte dieser Zusammenarbeit benannt werden: „Flüchtlinge und MigrantInnen sind die Zeugen unserer Zeit. Die fortwährende Flucht- und Migrationsbewegung innerhalb der Gesellschaften des globalen Südens und in Richtung der reichen Länder des globalen Nordens hat in den letzten Jahren eine über die klassischen politischen Fluchtursachen (Krieg, Verfolgung, staatliche Repression, Gewalt) hinausgehende gesellschaftliche Bedeutung gewonnen. Migration ist ein Indikator für die Ungleichheit der Globalisierung.(...) Es sind in erster Linie ungleiche Lebenschancen und das Wohlstandsgefälle innerhalb und zwischen Gesellschaften, der Kampf um den Zugang zu knappen Ressourcen und öffentlichen Gütern, verbunden mit dem Zerfall der traditionellen sozialen Versorgungssysteme, die den Betroffenen eine Suche nach Alternativen aufzwingen.“

Seit 1997 unterstützt *medico* ihren malischen Partner, die Association Malienne des Expulsés (AME). Diese kümmert sich als Selbstorganisation ehemaliger Abgeschobener in Bamako um jene abgeschobenen MigrantInnen, die allabendlich von den europäischen Fluglinien am Flughafen ausgespuckt werden. Zudem leistet die AME eine Entwicklungshilfe besonderer Art: Mit ihrer Beratung gründete sich die Selbsthilfegruppe (ARACEM) der Abgeschobenen aus zentralafrikanischen Ländern (Kamerun, beide Kongos, Tschad, Zentralafrikanische Republik, Gabun), die versucht, hunderte von festsitzenden MigrantInnen mit dem Allernotwendigsten (Obdach, medizinische Notversorgung, Nahrung) zu versorgen. *medico* unterstützt die ARACEM seit 2009 maßgeblich.

Gemeinsam mit dem dritten *medico*-Partner in Westafrika, der Menschenrechtsvereinigung (AMDH) in Mauretanien, arbeitet die AME an einem transnationalen Solidaritätsnetzwerk. Dabei geht es zum einen um akute Nothilfe für Abgeschobene, wie etwa im mauretanisch-malischen Grenzgebiet, wo regelmäßig / immer wieder Halbverdurstete aufgefunden und versorgt werden. Zum anderen werden länderübergreifende Workshops und demonstrative Aktionen organisiert, erste Schritte zur Schaffung von öffentlicher Gegenmacht für die Rechte der MigrantInnen. Die Kooperation von *medico* mit Partnern in Mali, Mauretanien und auch im Senegal zielt nicht nur darauf, die dortigen Organisationen in ihren lokalen Abwehrkämpfen zu stärken, sondern durch den gemeinschaftlichen Zugang zu den regionalen und transnationalen Debatten und Netzwerken der globalisierungskritischen Bewegung auch neue internationalistische Perspektiven zu erproben.

Wer diese langfristige Projektarbeit von *medico* mit Spenden unterstützen möchte - das Stichwort lautet: Migration. Weitere Informationen über die Projekte und die Möglichkeit die Arbeit von *medico* zu unterstützen: www.medico.de

Kontakt: *medico international*, Burgstraße 106, D - 60389 Frankfurt / Main, GERMANY

Tel.: +49-(0)69-94438-21 / -0

Fax: +49-(0)69-436002

info@medico.de

www.medico.de

Stiftung :do

Die Stiftung :do fördert Projekte, die Rechte von MigrantInnen stärken. Dabei setzt sie besonders auf Basisorganisationen und selbst bestimmtes Engagement sowie Wissensproduktion „von unten.“ Die Unterstützung von Initiativen an den Außengrenzen Europas sowie die Kampagne gegen die Residenzpflicht in Deutschland waren zwei Arbeitsschwerpunkte der letzten Jahre. Auch verschiedene Medizinische Flüchtlingshilfen, die Beratungsstelle MigrAr von ver.di in Hamburg und die Konferenz von Jugendliche Ohne Grenzen hat die Stiftung :do unterstützt.

Seit 3 Jahren arbeitet die Stiftung eng mit der marokkanischen Organisation ABCDS (Association Beni Znasen pour la Culture, le Développement et la Solidarité) zusammen, die sich an der marokkanisch-algerischen Grenze für die Rechte von Flüchtlingen einsetzt. Parallel dazu fördern wir in Kooperation mit Pro Asyl Projekte in Griechenland, der Türkei und der Ukraine. Deshalb sind uns eine Vernetzung und ein strategischer und praktischer Austausch aller dort aktiven Initiativen besonders wichtige Anliegen.

Bordermonitoring Ukraine (BMPU)

Die Menschenrechtsverletzungen an den östlichen EU-Außengrenzen stehen weitaus weniger in der Öffentlichkeit als die Situation an den Südgrenzen. Doch – wie das BMPU mittels Interview-Recherchen in einem neuen Report belegt – sind unrechtmäßige Rückschiebungen (Refoulement) an der slowakisch- bzw. ungarisch-ukrainischen Grenze keine Einzelfälle. In einem im Frühjahr 2010 erschienenen Bericht hatte das BMPU die Haftsituation in einem ukrainischen Abschiebelager dokumentiert und damit innerhalb der dortigen Behörden für einigen Wirbel gesorgt.

Nach langjährigen losen Kontakten zwischen westeuropäischen AktivistInnen und Forschern mit lokalen Gruppen in besagter Grenzregion und inspiriert vom ukrainischen Nobordercamp 2007 ist es Ende 2008 gelungen, ein kontinuierliches unabhängiges Monitoring auch an diesem Hot Spot des EU-Grenzregimes in Gang zu bringen.

Weitere Informationen und regelmäßige Presseauswertung unter:

<http://bordermonitoring-ukraine.eu/>

Ausstellung „Traces from Lesbos through Europe“

1 Jahr nach dem Nobordercamp auf Lesbos

Ein Jahr nach dem Nobordercamp auf Lesbos folgten wir den Spuren derer, die ihren Aufenthalt in Europa mit einem Schritt auf den Boden dieser Insel begannen. Sie kamen mit kleinen Plastikbooten, eine gefährliche Reise von der Türkei durch die Ägäis. Es war nur der erste salzige Schritt. Sie kamen um weiter nach Europa zu ziehen. Die meisten von ihnen trafen wir in der Noborder-Zeit, die meisten waren stark beteiligt an den Kämpfen gegen das Internierungslager Pagani, einen Ort den viele nun erinnern als ein Symbol der unmenschlichen Internierungspolitik Europas und der am Ende dieses Kampfzyklus geschlossen werden musste.

Sie waren auf dem Weg in alle Teile Europas und ein Jahr später erzählen sie ihre Geschichten: Vom erfolgreichen Ankommen ohne die Registrierung eines einzigen Fingerabdrucks unterwegs – und über eine prekäre Zukunft des zurück gezwungen Werdens. Über die Falle „Dublin II“ genannt, die sie mit Abschiebung nach Griechenland bedroht – und über erfolgreiche Kämpfe gegen diese Bedrohung der Abschiebung. Es sind Erzählungen über temporäre Arrangements mit mehr oder weniger prekären Jobs und über die Versuche die Dublin-Grenze nach Italien zweimal und mehr zu überwinden. Es geht immer um den nächsten Schritt auf dem Weg zum Recht zu Bleiben, sie sagen: Wir sind gekommen, um zu bleiben!

Mit der Ausstellung kehrten die Stimmen der MigrantInnen zurück zum Ort ihres ersten Kampfe in Europa. Um all den stillen UnterstützerInnen zu danken die ihnen auf und von der Insel geholfen haben. Sie nehmen Teil an den diesjährigen Noborderaktivitäten. So lange die meisten keine Reisefreiheit haben, bewegen sich ihre Bilder und Geschichten durch Europa.

Welcome to Europe Network, August 2010

Webseite: <http://traces.w2eu.net>, Kontakt: traces@w2eu.net. Sprachen: Englisch und Griechisch

Bag Mohajer*

... ist ein sozial-kreatives Projekt, in dem junge Freiwillige und minderjährige afghanische Flüchtlinge zusammenarbeiten.

Aus Altkleiderspenden und Schlauchbooten, mit denen die Flüchtlinge von der Türkei nach Griechenland gekommen sind, werden verschiedenste Variationen von Taschen genäht, gestaltet und dann verkauft. Die Materialien werden recycelt und bekommen durch die Verarbeitung einen neuen Wert. So ist es zum Beispiel für den momentan auf Lesbos lebenden J. „wie eine Verlängerung der Erinnerung. Die Boote, die uns hierher trugen, tragen wir jetzt weiter.“ Wichtig ist, dass der Erlös der Taschen zu 100 % den jungen Schneider zugute kommt.

Die Idee mit den Jugendlichen zusammenzuarbeiten, entstand im Februar 2010 auf der griechischen Insel Lesbos, in der Villa Azadi, einem Heim und ersten Zufluchtsort für minderjährige Flüchtlinge. Die Villa Azadi liegt fernab von der nächst größeren Stadt und beeinträchtigt somit eine Partizipation am gesellschaftlichen und kulturellen Leben erheblich. Die Einrichtung deckt zwar Grundbedürfnisse ab, bietet aber nur unzureichende Beschäftigungs- und Bildungsmöglichkeiten.

Viele der Flüchtlinge finden ihren Weg nach Griechenland über den Iran und die Türkei. Da sie dort oftmals als Schneider gearbeitet haben, bietet sich eine kreativ handwerkliche Tätigkeit an, um ihnen eine sinnvolle Beschäftigung zu ermöglichen. Dadurch können sie frei und eigenmächtig arbeiten und Geld verdienen.

Zum jetzigen Zeitpunkt führen die jungen Männer das Projekt größtenteils selbstständig in Griechenland fort. Wir streben eine Verwirklichung dieser Arbeit in naher Zukunft auch in Deutschland an.

www.mohajer.jogspace.net
bagmohajer@googlemail.com

*Mohajer ist das persische Wort für Flüchtling, Reisender

Infomobile Greece

Ein Wohnmobil ausgestattet mit Informationsmaterial tourt seit Anfang August 2009 durch Griechenland. Nach seiner ersten Fahrt von Hamburg über Flüchtlingslager in Österreich und Ungarn, den Weg „rückwärts“ über Serbien und Bulgarien in die Evros-Region im Norden Griechenlands, hat es die Noborderaktivitäten auf Lesbos begleitet. Eine nächste Tour führte durch Athen, wo viele Flüchtlinge stranden, auf dem Weg nach Europa und oftmals auch nach der Abschiebung aus anderen europäischen Ländern. Und nach Igoumenitsa und Patras, die beiden großen griechischen Fährhäfen Richtung Italien. An diesen verschiedenen Hotspots in Griechenland wird es auch im kommenden Jahr immer wieder auftauchen.

Das Infomobil konzentriert sich auf die Bedürfnisse der Flüchtlinge im Transit und auf ihre Stimmen. Es ist ein selbstorganisierter Raum für Kommunikation, Begegnung und Informationsaustausch. Es sammelt Informationen „von unten“: es sind die Stimmen der MigrantInnen selbst, denen es Gehör verschaffen soll. AktivistInnen (und JournalistInnen) dokumentieren die Situation an den verschiedenen Brennpunkten und vermitteln Zugang zu nützlichen Informationen und Kontakte zu Unterstützungsgruppen und AnwältInnen. Das Infomobil versucht zugleich die unterschiedlichen lokalen, griechenlandweiten und europäischen Kämpfe, Initiativen und Kampagnen miteinander zu verlinken und die Realität aus der Perspektive der Flüchtlinge zu dokumentieren.

Das Infomobil kann:

- Öffentlichkeit für migrantische Kämpfe schaffen und ihnen Zugang zu Medien ermöglichen. Ihre eigenen Internet-Medien wie die vielfältigen Blogs (wie <http://schengendangle.jogspace.net> und <http://birdsofimmigrants.jogspace.net>) sollen gestärkt und verbreitet werden. Informationen sollen auf alternativen Medien verbreitet werden wie Indymedia, Mailinglisten von migrantischen Communities und Solidaritätsnetzwerken, vieles findet sich auf dem Blog <http://w2eu.net>
- konkrete Informationen verbreiten, verbunden mit der Plattform <http://w2eu.info> um über die Situation in den Zielländern zu informieren und Kontakte zu vermitteln.
- Kontakte mit RechtsanwältInnen vermitteln, die in konkreten Fällen Präzedenzfälle schaffen können. Auf Dauer benötigt es einen Rechtshilfefonds.
- Einzelne Fälle dokumentieren, um zu ermöglichen Dublin II-Abschiebungen nach Griechenland zu verhindern und dieses europäische Abkommen konkret in Frage zu stellen.
- Das Infomobil ist ein Knotenpunkt für Information und schafft Öffentlichkeit in alle Richtungen und ermöglicht Begegnungen.

Interessierte, die das Projekt konkret unterstützen wollen, wenden sich an: hartinokaravi@gmail.com

Mehr Informationen:

<http://infomobile.w2eu.net/>

<http://infomobil-w2eu.blogspot.com/>

SOS for Human Rights – Theaterstück gegen das Grenzregime

Fluchtwege freihalten! Den unerklärten Krieg gegen die Flüchtlinge beenden! Kinder- und Menschenrechte umsetzen!

Ein Theaterstück des GRIPS Theaters über Flüchtlinge und ihre lebensgefährlichen Wege nach Europa auf der Suche nach menschenwürdigen Verhältnissen; eine Kampagne und ein Appell für die Anerkennung und konsequente Aufrechterhaltung der Menschenrechte im Zusammenhang mit Flüchtlingen an den Außengrenzen und innerhalb der Europäischen Union;

Das Stück sowie die Kampagne SOS for Human Rights wurden von dem GRIPS Theater, den Flüchtlingsräten Berlin und Brandenburg, Borderline Europe, Jugendlichen ohne Grenzen, Beratungsstelle WeGe ins Leben e.V., GEW und PRO ASYL initiiert. Und wird bereits von mehr als 20 weiteren Organisationen unterstützt. Alle Informationen, Tourtermine und Aktionen unter: <http://www.sos-for-human-rights.eu>

Kontakt: SOS for Human Rights c/o GRIPS MITTE (im Podewil) Klosterstraße 68, 10179 Berlin

Tel: 03024749783, Fax: 03024749776 Mail: info@sos-for-human-rights.eu

IV. REGIONALE BÜNDNISSE UND GRUPPEN

Aktionsbündnis gegen Abschiebung Rhein-Main

Das Aktionsbündnis besteht seit 1993 als regionaler Zusammenschluss von antirassistischen Gruppen und Einzelpersonen, zur Zeit aus mehreren Gruppen aus Frankfurt, Darmstadt, Hanau. Schwerpunkte der Aktivitäten der vergangenen Jahre sind einerseits der Frankfurter Flughafen als Deutschlands Abschiebeflughafen Nr.1 und sein Internierungslager, sowie der Abschiebeknast in Offenbach. Zudem waren Abschiebe-Airlines im Visier wie JAT, HHI, Aeroflight. Außerdem gab es Kundgebungen vor Botschaften bei aktuellen Anlässen: Griechenland, Spanien, Marokko ... Thema waren weiterhin Abschiebeärzte und Prozessbegeleitungen. Regelmäßige Treffen finden einmal im Monat in Frankfurt statt.

Weitere Informationen unter www.aktivgegenabschiebung.de

Kontakt:

Aktionsbündnis c/o AG3F Metzgerstraße 8, 63450 Hanau Email ag3f@comlink.org, AG Internationale Solidarität (AGIS) Email: agis@nadir.org

Homepage:

<http://www.aktivgegenabschiebung.de>

Bündnis gegen Rassismus und Abschiebung, Göttingen

Schlaglichter auf die antirassistische Arbeit in Göttingen

Seit 2009 ist der Kampf für ein Bleiberecht von Roma und Ashkali zu einem Schwerpunkt antirassistischer Arbeit geworden. Etwa 450 von ihnen droht in Stadt und Landkreis Göttingen die Abschiebung in das Kosovo. Seit über einem Jahr hat sich als gute Praxis etabliert und bewährt, dass Unterstützer_innen die Migrant_innen, die dies wünschen, bei ihren Besuchen zur Ausländerbehörde begleiten. Zu den Terminen – meist am Monatsende wegen der dann notwendig werdenden Duldungsverlängerungen - wird über diverse Mailinglisten und Flyer mobilisiert. Die Flüchtlinge leben stets mit der Angst vor einer drohenden Abschiebung und sind oftmals alleine der Willkür der Behörden ausgesetzt. Durch diese Begleitungen bei den Behördengängen erfahren die Migrant_innen praktische Solidarität. Das teils unverhohlenen unmenschliche und rassistische Verhalten der Behördenmitarbeiter_innen konnte dadurch wenigstens eingedämmt werden. Den Amtsleuten wird klar gemacht, dass sie oftmals persönlich Verantwortung für das „Schicksal“ der Migrant_innen tragen. Es gibt Ansätze, durch Präsenz und Ansprechbarkeit von Unterstützer_innen in den Wohnbezirken der Flüchtlinge, die Selbstorganisation zu unterstützen.

Mehrere lautstarke Kundgebungen und Demonstrationen – mit teilweise bis zu 400 Menschen - wurden gemeinsam von Flüchtlingen und Unterstützer_innen auf die Beine gestellt. Ziel dabei ist es, gegen die rassistischen Sondergesetze und ihre Umsetzung zu protestieren. Ferner soll die Öffentlichkeit auf die Situation der Migrant_innen aufmerksam und sensibilisiert werden. Sie werden ebenfalls dabei aufgerufen sich zu informieren und sich einzumischen.

Am 22.6.2010 sollten zwischen 2 und 3 Uhr nachts 22 Menschen aus einem Göttinger Wohnblock ins Kosovo abgeholt und abgeschoben werden. Etwa 80 Unterstützer_innen blockierten den Hauseingang für die Polizei, die daraufhin vom Betreten der Gebäude absah – zumal diese eh nicht wusste, ob sich die Migrant_innen überhaupt noch in den Häusern aufhielten. Aber auch auf anderen Ebenen konnten die für diese Nacht geplanten Abschiebungen verhindert werden: drei junge Menschen fanden Zuflucht im Wanderkirchenasyl; andere konnten über neue Asylverfahren einen Aussetzung der Abschiebung erreichen.

Hilfreich bei unserer antirassistischen Arbeit ist die Vernetzung mit anderen Gruppen bzw. Organisationen, auch wenn nicht alle unsere Forderung nach einem bedingungslosen Bleiberecht teilen.

Einige vom Bündnis gegen Rassismus und Abschiebung, Göttingen, November 2010
siehe auch: <http://www.papiere-fuer-alle.org/>

Kooperative Flüchtlingssolidarität (Hannover)

Die Kooperative Flüchtlingssolidarität in Hannover hatte sich ursprünglich gegründet zur offensiven Unterstützung illegalisierter Flüchtlinge und war von Anbeginn in den kein-mensch-ist-illegal-Zusammenhängen aktiv. Nachdem im Jahr 2000 in Hannover-Langenhagen Niedersachsens zentrales Abschiebegefängnis eingerichtet worden war, stellte der Protest dagegen über mehrere Jahre den Schwerpunkt unserer Arbeit dar.

Mittlerweile sind wir in keinem der oben genannten Bereiche mehr aktiv. Seit einigen Jahren engagieren wir uns beim Umtausch von Gutscheinen und dem Protest dagegen. Zum einen soll durch Öffentlichkeitsarbeit auf die Problematik aufmerksam gemacht werden, zum anderen wollen wir damit einen kleinen Beitrag der spürbaren Solidarität mit Flüchtlingen leisten.

Unsere Arbeit ist zudem davon bestimmt, dass wir uns dort, wo Widerstand und Organisation erkennbar wird, mit Flüchtlingen solidarisieren. So sind wir aktiv in Kampagnen und Aktionen gegen die Abschiebung von Roma und anderen Minderheiten in den Kosovo sowie bei Protesten von BewohnerInnen eines Flüchtlingswohnheims im Landkreis Gifhorn.

Bei unserer Arbeit stützen wir uns auf ein Bündnis von antirassistischen Gruppen und Einzelpersonen, die sich im antirassistischen Plenum Hannover organisieren. Mit dem antirassistischen Plenum stehen wir in ständigem Austausch, so dass sich unsere Arbeit letztlich auch immer daran orientiert, was dort diskutiert wird.

Erreichbar sind wir über: kfshannover@gmx.de

Karawane München

Die Karawane München. Für die Rechte der Flüchtlinge, Migrantinnen und Migranten! wurde 1998 gegründet. Wir verstehen uns als antirassistische Gruppe, in der Flüchtlinge, MigrantInnen und andere auf Augenhöhe zusammenarbeiten und für gleiche politische und soziale Rechte aller Menschen kämpfen. Eine Stellvertreterpolitik für Flüchtlinge und MigrantInnen lehnen wir strikt ab. Wir wollen ein Bewusstsein für die Situation von Flüchtlingen, Migrantinnen und Migranten in der Öffentlichkeit schaffen und Veränderungen erkämpfen.

Im Fokus unserer politischen Arbeit steht der Kampf für die Rechte der Flüchtlinge. Wir engagieren uns konkret gegen Lagerunterbringung, Residenzpflicht, Essenspakete, Arbeitsverbote und andere Formen der Diskriminierung von AsylbewerberInnen. Dabei steht für uns im Vordergrund, die politische Arbeit gemeinsam mit den Betroffenen zu gestalten und Selbstorganisationsprozesse von Flüchtlingen zu unterstützen.

Die Karawane München ist seit 2002 Teil des Netzwerkes Deutschland Lagerland und hat die Aktivitäten des Netzwerkes immer entscheidend mitgestaltet. Im Rahmen des Netzwerkes unterhalten wir auch Kontakte in die Lager in Bayern und haben den Hungerstreik und anschließenden Essenspakete-Boycott in mehreren bayerischen Lagern im Frühjahr 2010 mit Solidarität, Geld und Pressearbeit unterstützt.

Das Thema Bleiberecht war von Anfang an ein wichtiges politisches Betätigungsfeld für die Karawane. Schon 2004 konnte ein Bleiberecht für rund 100 Familien in und um München erkämpft werden, seit dem hat die Karawane München die vor allem von Jugendliche ohne Grenzen organisierte Bleiberechtskampagne unterstützt und lokal mitgetragen. Auch im Kampf gegen Abschiebungen sind wir aktiv.

Die Karawane München betont die Wichtigkeit bundesweiter und europäischer Vernetzung von antirassistischen Initiativen und Kampagnen. Mitglieder der Karawane engagieren sich im Netzwerk Welcome To Europe, bei Jugendliche ohne Grenzen und werden an der Bamako-Dakar Karawane/afrique-europe-interact teilnehmen.

Internet: <http://carava.net>

Email: kontakt@carava.net

Broschüre 10 Jahre Karawane München (1998-2008): <http://bit.ly/fglFQv>

Transact –

ein kleines überregionales Netzwerk für globale Bewegungsfreiheit und darüberhinaus ...

»Transact!« – ein Slogan, der unserer gemeinsamen Überzeugung Ausdruck verleiht, dass regionale, überregionale und transnationale Kämpfe miteinander verbunden werden müssen. Dementsprechend suchen wir nach Möglichkeiten des »Crossover«, der Brückenschläge, nach produktivem Streit zwischen verschiedenen Teilbereichsbewegungen und zwischen mehr und weniger radikalen Linken. Es geht uns um die Verbindungen zwischen unterschiedlichen sozialen Realitäten und Kämpfen – für uns eine zentrale Bedingung, um

dem globalen Ausbeutungsgefälle entgegenzuwirken. Wir beziehen uns dabei auf vielfältige Alltagskämpfe und Sozialbewegungen, auch wenn diese sich (noch) nicht politisch artikulieren. Getragen wird »Transact!« von AktivistInnen aus Berlin, Bremen, Hanau, Wien und London, beteiligt sind sowohl Gruppen (glocal- kein mensch ist illegal/hanau, Gipfelsoli, NoLager Bremen, six hills, Europäisches Bürgerforum Wien) als auch Einzelpersonen, die in weiteren Gruppen aktiv sind. »Transact!« organisiert keine eigenen Aktionen, wir sind vielmehr an einer Vielzahl an Bündnissen und Projekten beteiligt wie aktuell bei Welcome to Europe oder Afrique-Europe-Interact. Und wir haben mittlerweile drei Zeitungen veröffentlicht, siehe <http://transact.noblog.org>

V. TRANSNATIONALE VERNETZUNGEN/NOBORDER

Während sich das Noborder-Netzwerk als formale Struktur mit regelmäßigen Treffen spätestens 2005 aufgelöst hat, lebt der Name weiter und wird immer wieder in neuen dezentralen Projekten aufgegriffen. „no border lasts forever“ stimmt insofern auch in seiner übertragenen Bedeutung. Trotz eher diffuser Strukturen kann „noborder“ in seinen unterschiedlichen „Häutungen“ mittlerweile auf über 10 Jahre transnationaler Mobilisierungen zurückblicken, die Vernetzungen im Bereich von Flucht und Migration erscheinen in ihren Aktivitäten und mit einem gewachsenen Kontaktnetz heute lebendiger denn je. Das spiegelt sich insbesondere in einem neuen Webguide-Projekt wieder, aber auch in mehreren stabilisierten Mailinglisten. Unten sind einige der englisch- und französischsprachigen aufgelistet.

Webguide w2eu.info

w2eu.info ist ein Webguide für Flüchtlinge auf ihrem Weg durch Europa. Er soll Zugang zu nützlichen Kontakten und Beratungsmöglichkeiten ermöglichen. Der Webguide ist viersprachig (englisch, französisch, farsi, arabisch) und versucht Informationen aus allen europäischen Ländern (und darüber hinaus auch zur Türkei, Ukraine und Marokko) zusammenzustellen. Über eine Karte können Informationen zu den einzelnen Ländern direkt und über verschiedene Topics auch allgemeine Informationen gefunden werden.

Vom Beginn der Reise an, an den Außengrenzen Europas beginnt ein inhumanes Migrationsregime zu wirken: Menschen wird der Eintritt verwehrt, sie werden eingesperrt und abgeschoben. Nichtsdestotrotz kommen sie und fordern dieses Regime damit heraus. Wir sagen willkommen auf diesem schwierigen Trip und wünschen allen eine gute Reise, denn Bewegungsfreiheit ist ein Recht aller!

„I can see clearly now what Europe looks like, that it sends its armies to fight us at the sea and puts us in awful prisons. Together we have to start a second journey to another safe place that might exist in the future.“ (Eritrean woman, arriving on the island of Lesbos)

Die Idee eines solchen Guides geisterte bereits seit Jahren immer wieder mal durch antirassistische Köpfe. Begonnen mit der Umsetzung haben wir beflügelt durch die direkten Kontakte mit neu Ankommenden während des Nobordercamps auf Lesbos. Inzwischen sind AktivistInnen aus diversen Ländern beteiligt. Der Webguide steckt noch in den Kinderschuhen. Dennoch wird das Kontaktformular bereits rege genutzt, weil bereits viele Visitenkarten mit der Adresse in Umlauf sind. Am besten ausgebaut sind Informationen zur Praxis der verschiedenen europäischen Länder bei DublinII-Abschiebungen nach Griechenland. Aber auch andere Bereiche werden nun nach und nach eingefüttert.

Da w2eu.info gerade erst laufen lernt, suchen wir immer Unterstützung: vor allem für Übersetzungen von englisch auf französisch, farsi und arabisch. Aber auch für das pflegen der Kontakte in die verschiedenen Länder, durch Beisteuern einfach gehaltener Informationen zu einzelnen Bereichen etc..

Webseite: <http://w2eu.info>

Kontakt: contact@w2eu.info

VI. ÜBERREGIONLE MAILINGLISTEN IN DER BRD

Transnationale Mailinglisten

(zunächst die englischen- und danach die französischsprachigen ...)

Transnational Mailinglist on Migration/Noborder-Network

[action2-l\(at\)mail.kein.org](mailto:action2-l(at)mail.kein.org)

english language, since 2004, 490 subscriptions

Contact: frassainfo(at)kein.org
Website: www.noborder.org

The action2-mailinglist was established after the migrationrelated events in and around the European Social Forum (ESF) in 2004 in London, in order to continue with transnational communication for a migrationrelated action(!)-day. Later on it was decided to keep the list for further exchange and communications (more and more replacing the older smaller noborder-mailinglist). The list was again offered in the Athens ESF 2006, in Malmoe 2008 and in Istanbul 2010. And more people and groups from all over Europe and beyond got subscribed in the meanwhile during the various nobordercamps (for example Ushgorod 2007, Lesbos 2009) and transnational events (for example G8 Rostock 2007, transnational chain of actions 2008) within the last 4 years.

Frontex-Mailinglist

frontex(at)antira.info
english language, since 2007, 56 subscriptions
Contact: frontexplode(at)antira.info
Website: http://frontexplode.eu

The Frontex Mailing List started to connect people working on the issue of Frontex. It has so far produced two brochures. It is generally low-volume, news-heavy with periodic phases of high activity: whenever a project needs to happen. It combines activists and researchers and also coordinates the frontexplode campaign.

xamur

xamur(at)antira.info
english language, since 2010, 43 subscriptions
Contact: intouch(at)w2eu.net
Website: www.w2eu.net

The former noborder_lesvos_09-mailinglist (list for the organisation of noborder lesbos 09) has a focus on migration issues in the Aegean and mainly connects Greek and German groups and individuals. Low-volume, announcement-heavy list

Transnationale europäische bzw. euro-afrikanische, frankophone Listen

Die folgenden drei Listen haben z.T. dieselben AbonnentInnen und Inhalte, v.a. die EU-Migrations- und Flüchtlingspolitik und den Widerstand dagegen, wobei der Schwerpunkt der beiden letzteren auf dem Verhältnis Europa - Afrika und z.T. auch Bewegungen in afrikanischen (v.a. frankophonen) Ländern liegt. Auf allen drei Listen, insbes. den beiden letzteren, sind auch viele AktivistInnen in Afrika. Schwerpunkt ist der Informationsaustausch, auch über die offizielle Politik, z.T. aber auch Diskussion und die Organisation von Erklärungen und Aktionen dagegen.

Migreurop

migreurop(at)rezo.net
Website: www.migreurop.org

Sprachen: vor allem Französisch, oft auch Englisch, manchmal Italienisch oder Spanisch; Zahl der Listenmitglieder nicht bekannt, aber aus vielen v.a. süd- und mitteleuropäischen Ländern sowie dem frankophonen Afrika.

Am 19. November 2005 wurde das Netzwerk „Migreurop“ nach französischem Recht gegründet. Der Verwaltungsrat von Mirgeurop setzt sich aus neun NGOs und einem Einzelmitglied zusammen. Folgende NGOs wurden am 28. November 2009 in den Verwaltungsrat gewählt: ABCDS, ANAFE, AME, APDHA, ARCI, ASGI, ATMF, CIMADE, CIRE, GADEM, GISTI, IPAM, LDH Belge, MELTING POT, SOS racismo.

Themen sind vor allem die EU-Migrationspolitik und ihre Ausprägungen und Auswirkungen in verschiedenen Ländern, neben den europäischen v.a. in Afrika (z.B. Rückübernahmeabkommen).

Es gibt viele Informationen, aber auch Aufrufe und Kampagnen auf der Liste, z.T. länderspezifisch, z.T. auch auf europäischer Ebene und ab und zu in Kooperation mit Gruppen in Afrika (v.a. frankophone Länder). Neuerdings auch Infos aus den USA, Australien u.ä.

Manifeste Euro-Africain

manifeste-euroafricain(at)rezo.net
Kontakt: conferencemigrations(at)gmail.com

Website (nicht sehr aktuell): www.manifeste-euroafricain.org

Die Liste besteht seit Juli 2006 nach der Rabat-Konferenz gegen den ersten EU-Afrika-Gipfel zu Migration in Marokko, Listenmitglieder sind diejenigen, die dabei waren und danach noch erweitert auf alle, die das Manifest (siehe Website) unterstützen. Liste wird zeitweise stark von AktivistInnen in Marokko, darunter auch vielen Flüchtlingen/MigrantInnen aus Subsahara-Afrika, zur Kommunikation untereinander und mit solchen in anderen Ländern genutzt - auch über kontroverse Themen sowie Organisations- und Aktionsvorschläge. Themen sind EU- und afrikanische (u.a., aber nicht nur marokkanische) Migrationspolitik, Grundrechte und Bewegungsfreiheit.

Contre-sommet Migrations

contre-sommet-migrations(at)googlegroups.com
besteht seit 2008 im Zusammenhang mit dem Gegengipfel in Paris gegen den dann verschobenen zweiten EU-Afrika-Migrationsgipfel;
Listenmitglieder und oft auch Inhalte z.T. identisch mit manifeste, aber darüber hinaus mehr europäische NGOs und weniger aus Afrika.
Website gab's mal rund um den Gegengipfel, wird aber wohl nicht mehr aktualisiert.

Überblicksversuch überregionaler (offener - subscribierbarer) Mailinglisten der antirassistischen Bewegung

(Stand Herbst 2010)

„Zersplitterung oder Vielfalt?“ war schon vor Jahren die treffende Frage für einen ambivalenten Auffächerungs- oder Spezialisierungsprozess im antirassistischen Spektrum. Einerseits ist es selbst für Insider schwer, einen Überblick zu gewinnen oder zu behalten, wo wer was kommuniziert - oder auch nicht. Und dementsprechend unüberschaubar erscheint es erst recht für Außenstehende oder Neu-Interessierte, sich in dem komplizierten Gefüge zu orientieren. Andererseits spiegeln sich in der Listenvielfalt nicht nur unterschiedliche Zusammensetzungen, Interessen und Herangehensweisen wieder sondern auch notwendige Spezialisierungen oder Schwerpunktsetzungen.

(Liste der Mailinglisten nach Entstehungsdatum:)

kein mensch ist illegal-Mailingliste

coyote-l(at)mail.kein.org
deutschsprachig, seit 1997, 280 Subskribierungen
Kontakt: ag3f(at)comlink.org

dezentrale Webseiten

Mit der Gründung des Netzwerks kein mensch ist illegal wurde als (damals fast noch avantgardistisches) Kommunikationsmittel die coyote-Mailingliste eingerichtet. Mit subskribierten Personen und Gruppen aus allen möglichen Städten quer durch die BRD und bis nach Österreich hat sie sich zu einer beständigen Netzwerk-übergreifenden antirassistischen Austauschliste entwickelt. Der Infowert ist sehr hoch, und viele Nachfragen werden effektiv „hinter der Liste“ beantwortet. Hingegen hat sie sich als Diskussionsforum oder auch nur zur Vorbereitung von Treffen nicht bewährt.

Flucht-Mailingliste des niedersächsischen Flüchtlingsrates

flucht(at)nds-fluerat.org
deutschsprachig, seit 1998, 640 Subskribierungen
Kontakt: flucht(at)nds-fluerat.org
Webseite: www.nds-fluerat.org

Mailingliste des Flüchtlingsrats Niedersachsen, aber auch außerhalb Niedersachsens genutzt (überregionale Bedeutung). Flüchtlingspolitische Themen und Projekte, offene Liste (auch Behördenvertreter/innen lesen mit), v.a. Informationsbörse.

Arbeit + Migration-Mailingliste

a+m(at)lists.idash.org
deutschsprachig, seit 2003, 160 Subskribierungen
Kontakt: hagen(at)kein.org

Von kein mensch ist illegal- und anderen Anti-Ra-Gruppen sowie Aktiven aus betriebslinken und basisgewerkschaftlichen Projekten (u.a. Zeitung Express und TIE) wurde die Mailingliste „Arbeit und Migration“, kurz a+m, ins Leben gerufen. Im Zusammenhang mit zwei Konferenzen zu Prekarisierung und Migration („Die Kosten rebellieren“ mit Labournet), den Euromaydays und inspiriert von diversen internationalen Erfahrungen war die Liste zunächst auch weiter lebendig. Vor allem der Mangel an praktischen lokalen Ansätzen machte die a+m-Kommunikation in den Folgejahren aber immer spärlicher. Vor dem Hintergrund stabilisierter gewerkschaftlicher Anlaufstellen in Hamburg (MigrAr) und Berlin (AK Undok), sowie Neueröffnungen in München, Rhein-Main und Bremen wird sich seit April 2010 um einen „restart“ der a+m-mailingliste bemüht...

Mailingliste der Karawane für die Rechte der Flüchtlinge und MigrantInnen

caravane-info(at)lists.idash.org
multilingual, seit 2005, 148 Subskribierungen,
Kontakt: caravane-info(at)lists.idash.org
Webseite: <http://thecaravan.org>, <http://thevoiceforum.org>

Die KARAWANE-Email-Liste ist eine Informationsliste. Die Infos werden in den verfügbaren Sprachen verteilt. Die meisten Emails sind in Englisch und Deutsch, aber auch Emails in Türkisch, arabisch, farsi, spanisch werden durch dieses Medium verteilt. Ankündigungen zu Aktionen, Treffen, Veranstaltungen, Aufrufe zu Kampagnen stellen den größten Teil der durch diese Liste verteilten Informationen dar. Ferner werden Artikel, Analysen, Nachrichten über Fluchtursachen, der Asylpolitik und den Ausbeutungsstrukturen verteilt. Die Liste ist nur für angemeldete Benutzer. Die Benutzer werden den Administratoren über das Netzwerk benannt. Vereinbarungen und Diskussionen zu Treffen, Aktionen, Stellungnahmen, Texte etc. werden nicht über die Liste getroffen. Für schnelle Reaktionen sind immer noch die „traditionellen“ Kommunikationsmittel (Telefon) unverzichtbar. Neben der „internen“ Informationsliste hat fast jede KARAWANE- oder VOICE-Gruppe seine eigenen Verteiler, durch denen lokal Menschen und Gruppen über Aktionen und Kampagnen informiert werden. Wer sich mit den Kämpfen der Flüchtlinge in Deutschland solidarisieren möchte und mehr über deren Kämpfe in ihren Herkunftsländern erfahren möchte, ist in dieser Liste willkommen. Unser Wunsch ist, dass die Informationen über die konkreten Kämpfe der Flüchtlinge und ihre Selbstorganisation aktiv weiter verbreitet werden.

Jugendliche ohne Grenzen (JoG) - Mailingliste

jog(at)lists.idash.org
deutschsprachig, seit 2006, xxx Subskribierungen
Kontakt: <http://berlin.jogspace.net/kontakt/>
Webseite: <http://www.jogspace.net>

Die jog-mailingliste ist für junge Flüchtlinge und deren UnterstützerInnen die im Rahmen von „Jugendliche Ohne Grenzen“ politisch aktiv sind. Über die Mailingliste läuft die Koordination der bundesweiten JOG-Aktivitäten abseits der Vernetzungstreffen. Jugendliche Ohne Grenzen organisiert seit 2005 Proteste anlässlich der Innenministerkonferenzen und setzt sich für ein umfassendes Bleiberecht, Legalisierung und die Gleichberechtigung von Menschen ohne sicheren Aufenthaltsstatus ein.

kritnet -

Netzwerk Kritische Migrations- und Grenzregimeforschung
deutschsprachig, seit 2008, 170 Mitglieder
Kontakt: kontakt(at)borderregime.eu
Webseite: <http://borderregime.eu>

Das »Netzwerk Kritische Migrations- und Grenzregimeforschung« ist der Versuch einer interdisziplinären europäischen Vernetzung kritischer Migrations- und GrenzregimeforscherInnen und politischer AktivistInnen, die nicht selten beides zugleich sind. Es zählt mittlerweile rund 170 WissenschaftlerInnen, AktivistInnen, KünstlerInnen und NGO-VertreterInnen.

Welcome to Europe (w2eu) - Mailingliste

w2eu-de(at)antira.info
deutschsprachig, seit 2010, 54 Subskribierungen
Kontakt: webmaster(at)w2eu.info
Webseiten: www.w2eu.net www.w2eu.info <http://dublin2.info>

Ursprünglich (mit dem Namen lsv-hh...) eingerichtet als lokale Hamburger Vorbereitungsliste für das Nobordercamp 2009 auf Lesbos, dient sie seit einigen Monaten als Austausch- bzw. Arbeitsliste einiger Gruppen u.a. aus Hamburg, Mecklenburg, Berlin, Hildesheim, München und Hanau. Seit Frühjahr nennt sich dieses neue kleine Netzwerk Welcome to Europe (w2eu), arbeitet schwerpunktmäßig zu Griechenland, Dublin II und transnationalen Unterstützungsstrukturen (siehe Webseiten).

„Masquerade“ - Karawane-Festival Mailingliste

masquerade-all(at)googlegroups.com
zweisprachig (deutsch, englisch), seit 2010, 97 Mitglieder
Kontakt: webmaster(at)karawane-festival.org
Webseiten: <http://karawane-festival.org> <http://thevoiceforum.org>

Eingerichtet für die Koordinierung der Vorbereitungen zum Karawane-Festival 2010 in Jena, wird die Liste momentan von The VOICE Jena (intensiv) und anderen Mitgliedern (sporadisch) zur Verbreitung aktueller Informationen und Aktionen genutzt. Die Liste hat sich bei der Festival-Vorbereitung bewährt und könnte bei einer ggf. Neuauflage des Karawane-Festivals oder einer ähnlichen Aktion wieder zu diesem Zweck eingesetzt werden.

Netzwerk Afrique-Euro

Afrique-euro(at)lists.idash.org
dreisprachig (deutsch, englisch, französisch), seit 2010, 103 Mitglieder
Kontakt: nolagerbremen(at)yahoo.de
Webseite: www.afrique-europe-interact.net

Das Afrique-Europe-Netzwerk ist ein kleines, transnational verankertes Netzwerk, welches erst Ende 2009 entstanden ist. Beteiligt sind AktivistInnen unterschiedlicher antirassistischer und selbstorganisierter Flüchtlings- bzw. MigrantInnenorganisationen – mehrheitlich aus Deutschland, aber auch aus den Niederlanden, Österreich und Mali. Langfristiges Ziel des Netzwerks ist es, die Kooperation zwischen BasisaktivistInnen in Afrika und Europa zu intensivieren bzw. auszubauen. Thematisch geht es einerseits um das ‚Recht zu gehen‘ und somit die Rechte von Flüchtlingen und MigrantInnen überhaupt, andererseits um das ‚Recht zu bleiben‘ und somit um selbstbestimmte Entwicklungsperspektiven. Erstes größeres Projekt des Netzwerks ist die Organisation einer gemeinsamen Bus-Karawane von Bamako nach Dakar im Januar/Februar 2011 – inklusive Aktionen und Versammlungen mit der lokalen Bevölkerung.

VII. KALENDER

7. Januar 2011

Demo an Oury Jalloh's 6. Todestag, Bahnhof Dessau
<http://initiativeouryjalloh.wordpress.com/>

25. Januar bis 11. Februar 2011

Bamako-Dakar-Karawane 2011: Transnational zusammengesetzte Bus-Karawane von Bamako nach Dakar, inklusive gemeinsamer Teilnahme am nächsten Weltsozialforum in Dakar
www.afrique-europe-interact.net

11. bis 13. März 2011 (Ort noch unbekannt)

Welcome to Europe lädt ein zur Nachbereitung der Frankfurter Konferenz, zu Forntex- und Dublin II-Kampagne, zu www.w2eu.info und Fragen weiterer transnationaler Mobilisierungen.

6. und 7. April 2011 in Berlin in den Räumen der Heinrich-Böll-Stiftung

Flüchtlingspolitische Konferenz des Komitees zur Unterstützung der tunesischen Fischer
Mit der Konferenz sollen einerseits die im letzten Jahr in Sizilien verurteilten Fischer, denen in Folge des Verfahrens die Existenzgrundlagen zerstört wurden, materiell unterstützt werden. Und andererseits fällt dies in die Zeit des vermutlich im nächsten Jahr anstehenden Revisionsverfahrens, und damit soll der unmittelbare Prozessverlauf als auch die Themen Außengrenzen, Kriminalisierung von Lebensrettern etc. öffentlich gemacht werden.

Inhaltliche Schwerpunkte der Konferenz u.a.:

- Situation im Mittelmeer, Kriminalisierung von Lebensrettern, die tunesischen Fischer;
- Situation und Entwicklungen zwischen Italien (EU) und Libyen;
- Situation zwischen Griechenland und der Türkei;
- politische Perspektiven;

<http://www.sos-mittelmeer.de/>

27. bis 29. Mai 2011 in Münster

Dreitägiges Festival zu Migration, Flucht, Rassismus

Mit Vorträgen, Diskussionen, Workshops, politischen Aktionen, Theater, Musik, Kunst und allem, was uns noch einfällt, wollen wir aufmerksam machen, Fragen aufwerfen, anprangern. Wollen Fluchtursachen und Postkolonialismus, repressive Migrationspolitik und alltägliche Rassismen sowie europäische Grenzpolitik, Identität und Nationalität thematisieren und Grenzen im Denken überwinden. Das Festival will erlebbar machen, will nicht nur ausgetretene Wege gehen, sondern in unser Zusammenleben wirken.

<http://www.grenzfrei-festival.org/>.

(Zeitpunkt und Ort noch unbekannt)

Die Karawane für die Rechte der Flüchtlinge und MigrantInnen sowie The Voice Refugee Forum planen für 2011 ein Tribunal sowie ein Folgefestival zu Jena 2010 „Vereint gegen das koloniale Unrecht“. Mehr demnächst unter <http://www.thevoiceforum.org>

VIII. GLOSSAR

Abolitionismus - Hier: Bewegung zur Abschaffung der Sklaverei

Abschiebeanhörungen - werden von Botschaften oder anderen Delegationen von vermuteten Herkunftstaaten durchgeführt. Ziel ist es, Reisepapiere auszustellen, ohne die eine Abschiebung nicht möglich wäre. Über Gespräche und körperliche Merkmale wird die Staatsangehörigkeit bestimmt. Die BeamtInnen bekommen Kopfgeld von deutschen Behörden; Flüchtlinge, die an einer Anhörung nicht teilnehmen wollen, können bestraft oder zwangsvorgeführt werden.

Antiziganismus - Rassismus gegenüber Roma und Sinti

Apartheid, globale Apartheid - Institutionalisierte Rassentrennung in Südafrika von den 1940er bis zu den 1980er Jahren, endete offiziell 1994. Der Begriff wird auch auf die systematische und institutionalisierte Ausgrenzung und Ausbeutung von Flüchtlingen und MigrantInnen übertragen. Denn ein zentrales Element der Apartheid in Südafrika bestand darin, billige Arbeitskräfte aus den sog. Homelands oder aus den abgetrennten Townships für die miesesten und schlechtbezahltesten Jobs zur Verfügung zu haben: von der Arbeit in Minen und Bergwerken bis zur Dienerei in den Haushalten. Moderne Apartheid war schon in Südafrika vor allem ein Konzept, um die schwarze Bevölkerung z.B. mit Passgesetzen rechtlos zu machen und sie einer rassistisch strukturierten Ausbeutung zu unterwerfen.

Charter-Abschiebung - Sammelabschiebung in Charterflugzeugen, in der BRD angewandt seit 2006. Die Abschiebeflieger machen Zwischenstopp auf mehreren deutschen bzw. europäischen Flughäfen – anders als bei Linienflügen sind ausschließlich die Abgeschobenen an Bord, unbeteiligte Flugreisende können nicht eingreifen.

Externalisierung – Aus- bzw. Vorverlagerung des Grenzregimes außerhalb des Schengenraums in die Transit- und Herkunftsländer. Den angrenzenden Nicht-Schengenländern wird auf diese Weise die Überwachung der EU-Außengrenzen und die Flüchtlingsabwehr übertragen.

Grenzregime - Bezeichnung für die Gesamtheit aller institutionellen, administrativen, legislativen und technischen Maßnahmen und Einrichtungen der Grenzsicherung und -kontrolle (Außenpolitik, Grenzschutz und Ausländergesetzgebung).

Hot Spot - hier: Brennpunkt an den Außengrenzen

Migrationsmanagement – Migrationssteuerung; Kombination von Massnahmen der Abschiebung und Ausgrenzung mit denen der Rekrutierung und Ausbeutung oder:
„Migrationspolitik ist nicht allein Migrations-Abwehr, sondern Migrations-Steuerung, sie sucht jene MigrantInnen abzuwehren, die nicht gewollt sind, und jene anzuwerben, die gebraucht werden.“

Migrationsregime - Etablierung zentraler und multilateraler Absprachen und Definitionen im Umgang mit globalen Wanderungsprozessen: was sind Krisenherde und Fluchtgründe, was Flüchtlinge, was MigrantInnen und was Illegale, welche Migration ist erwünscht und welche unerwünscht.

Prekarisierung - Ansteigende Zahl von Arbeitsplätzen mit zu geringer Einkommenssicherheit aufgrund mangelnder Arbeitsplatzsicherheit, niedrigem Lohn, befristeter Verträge, Leiharbeit etc. Breiter gefasst meint Prekarisierung die Erosion des „gesamten Niveaus sozialer Rechte“, einhergehend mit der sozioökonomischen Verunsicherung breiter Bevölkerungsschichten. Flüchtlinge und MigrantInnen stecken nicht nur überdurchschnittlich oft in prekären Arbeitsverhältnissen, fehlende Papiere oder ein unsicherer Status führen zur Prekarisierung (Verunsicherung) des ganzen Lebens.

Refoulement – unrechtmäßige Rückschiebung von Asyl- und Schutzsuchenden, Verweigerung des Zugangs auf das Recht auf ein Asylgesuch wie tausendfach von der italienischen Regierung mit den Rückschiebungen nach Libyen praktiziert, aber auch von Griechenland in die Türkei oder im Osten in die Ukraine.

Residenzpflicht - Europaweit einmalige gesetzliche Regelung in Deutschland, die Flüchtlinge massiv in ihrer Bewegungsfreiheit einschränkt. Es gelten unterschiedliche Regelungen für Flüchtlinge, die sich noch im Asyl-

verfahren befinden, und Flüchtlingen mit Duldung.

Flüchtlinge im Asylverfahren dürfen den Landkreis in dem sich ihr Flüchtlingslager befindet, nicht verlassen. Reiseerlaubnisse müssen bei Anwälten, Gerichten, Behörden oder Beratungsstellen beantragt werden und kosten die Flüchtlinge 10 € Bearbeitungsgebühr. Ein Anrecht auf eine Reiseerlaubnis zum Besuch von Familienmitgliedern und FreundInnen oder (Kultur-)veranstaltungen besteht nicht und liegt im Ermessen der Ausländerbehörden.

Rückübernahmeabkommen - Völkerrechtlicher Vertrag zwischen der EU oder BRD mit einzelnen Staaten, die sich bereit erklären, Flüchtlinge auf- bzw. zurückzunehmen. Grundlage der (häufig) geheim gehaltenen Abkommen sind sicherlich ökonomische und/oder politische Vorteile für die Aufnahmestaaten. Diese erklären sich bereit, Flüchtlinge aufzunehmen, die ansonsten nicht abzuschicken sind (keine Papiere o.ä.). Betrifft dies offiziell ausschließlich Flüchtlinge mit Herkunft aus dem jeweiligen Staat, werden in der Praxis auch Flüchtlinge anderer Herkunft aufgenommen. Zum Feststellen von Herkunft und „Zugehörigkeit“ werden häufig Zwangsvorführungen eingesetzt und diese allein per Augenschein ermittelt (siehe Abschiebeanhörungen).

Sans Papiers - aus dem französischen für papierlose, illegalisierte Flüchtlinge und MigrantInnen; 1996 haben die Sans Papiers in Paris mit Kirchenbesetzungen und Massenprotesten einen neuen Kampfzyklus für die Rechte der Illegalisierten quer durch Europa in Gang gesetzt.

Schengener Abkommen - Der Wegfall von Grenzkontrollen zwischen den EU-Mitgliedsstaaten geht mit der Verpflichtung einher, die Außengrenzen zum Zwecke der Fluchtabwehr bzw. der Bekämpfung illegaler Einwanderung, verschärft zu kontrollieren. Das Schengen Information System (SIS) ist ein europäisches System für den grenzüberschreitenden Datenaustausch. Das SIS wird dazu verwendet, unerwünschte MigrantInnen an den Außengrenzen fernzuhalten und innerhalb der Schengen-Länder die Kontrollen - vor allem die Jagd auf Sans Papiers - zu verstärken.

Transitland – Durchgangsstationen für MigrantInnen und Flüchtlinge, aus Sicht der EU vor allem die Nachbarländer wie insbesondere Ukraine, Türkei, Libyen und Marokko.

Transnationalisierung - Bewegungen und Kämpfe der Migration sind niemals national ausgerichtet, aber auch der Begriff der Inter-nationalität kann deren Bedeutung nicht erfassen. Es geht eben nicht um Zwischenstaatlichkeit, vielmehr werden alle Konzepte von Grenzen und Nationalitäten in Frage gestellt, sei es die der Regierungen oder auch die der großen Gewerkschaften. MigrantInnen suchen ein besseres Leben und bewegen sich gegen das Ausbeutungsgefälle. Migrationsbewegungen unterlaufen die Grenzregimes und bilden Netzwerke und Communities jenseits aller Nationalitäten, von Herkunfts- über Transit- bis zu den Zielländern. Sie werfen die Frage auf, eine transnationale Perspektive globaler sozialer Rechte zu entwickeln...

Zonierung - Abstufungen und Hierarchisierungen sowohl durch die geographischen Grenzziehungen (Zugangskontrollen und Ausgrenzung) als auch durch die juristischen Konstruktionen mit wenigen, etwas mehr oder gar keinen Rechten für MigrantInnen, Flüchtlinge, Geduldete oder Illegalisierte.